

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsverwalter:  
Erich Hoffmann, Berlin.  
Telefon: Amt Berlin 4296/4298



Verlag für Verlag und Geschäftsverwalter:  
Zurich 2501, Zurich - Willem - Platz 6  
Telefonnummer: 600100

Die Zeitung wird im Colportage-Vertrieb.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdruck ohne Erlaubnis ist strafbar.  
Der Preis beträgt 10 Pfennig, wenn nicht anders vermerkt ist. Abdruck für beide Seiten ist Berlin.

Berlin, den 20. Okt. 1932.

Wie sie "ankurbeln".

Int. Institut  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

Die "grundsätzlich neue Staatsführung" im Rundfunk.

SPD. Im Hause des Rundfunks in der Masurenallee in Berlin, dem Sitz des Reichsrundfunkkommissars, lässt man die Köpfe hängen. Der schroffe Kurswechsel hat mit einem Schlage den Rundfunk um das in vielen Jahren mühsam erworbene Ansehen gebracht. Seine Leistungen haben sich auf allen Gebieten so verschlechtert, dass selbst die im Anfang begeisterten Anhänger der neuen Herren sich jetzt von ihnen deutlich distanzieren. So wird selbst in den Hugenbergblättern die Gefahr einer "Marneschlacht des Rundfunks" beschworen. Aber auch wenn diesen warnenden Stimmen in Zukunft Gehör geschenkt werden würde, wäre es ausserordentlich zweifelhaft, ob der Rundfunk sich von der Schlappe erholen kann, die ihm die missbräuchliche Benutzung in den letzten Monaten zugefügt hat.

Zu den kulturellen und geistigen Schwierigkeiten, denen der Rundfunk ausgesetzt ist, gesellen sich jetzt wirtschaftliche Schwierigkeiten. Bis zur Machtübernahme der neuen Herren war die Geschichte des Rundfunks ein einziger Triumphzug. Das zeigt am besten die Entwicklung der Hörerzahl. Sie ist in den acht Jahren von 1924 bis 1932 auf über 4 Millionen Hörer gestiegen und zwar mit einer Regelmässigkeit, die erkennen lässt, dass der Rundfunk früher von störenden Einflüssen freigehalten wurde. Jedes Jahr weist einen Zuwachs von rund einer halben Million Hörer auf. In den Jahren 1927 und 1928 war allerdings die Zunahme infolge der guten Wirtschaftslage etwas stärker. Immerhin haben selbst die Jahre ungünstiger Wirtschaftslage, 1930 und 1931, den Aufstieg des Rundfunks nur unwesentlich verlangsamen können.

Mit der Auslieferung des Rundfunks an die Reaktion hat eine neue Entwicklung begonnen. Im ersten Quartal 1932 ist die Zahl der Hörer noch um fast 200 000 gewachsen. Seit dieser Zeit aber hat eine starke Abnahme eingesetzt. Im zweiten Quartal ist die Zahl der Hörer um 49 000, im dritten Quartal um 42 000 gesunken. Begreiflicherweise versuchen die neuen Herren des Rundfunks diesen Rückgang als eine Folge der wirtschaftlichen Notlage zu erklären. Aber das können sie nur zu einem geringen Teil mit Recht. Zwar ist auch in den vergangenen Jahren in den Sommermonaten der Zuwachs von Rundfunkteilnehmern geringer gewesen als im Winter und die Abbestellungen grösser als die Neubestellungen.

Was jedoch die Lage in diesem Jahre von der der Vorjahre wesentlich unterscheidet, das ist der tatsächliche Rückgang in der Zahl der Hörer, der jetzt zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Rundfunks eingetreten ist. Dafür können nicht allein wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Die Wirtschaftskrise bedrückt Deutschland bereits seit drei Jahren. Sie ist in letzten Winter nicht minder fühlbar gewesen als in diesem Sommer. Trotzdem ist die Hörerzahl dauernd gewachsen und noch vom 1. Oktober 1931 bis zum

31. März 1932 um fast 400 000 gestiegen. Auch die Jahreszeit ist nicht entscheidend; denn wenn auch die Sommermonate bisher stets einen Stillstand gebracht haben, so war doch die Teilnehmerzahl am 1. Oktober niemals geringer als am 1. April.

Die finanzielle Entwicklung des Rundfunks wird von dieser Verminderung der Hörerzahl naturgemäss stark betroffen. Die Einbusse an Einnahmen ist umso stärker, als nicht nur die Gesamthörerzahl abnimmt, sondern weil gleichzeitig die Zahl der gebührenfreien Hörer stark zunimmt. Am 1. April betrug die Zahl der Befreiungen 356 000. Zum 1. Oktober war sie bereits auf 481 000, also um rund 125 000 gestiegen. Einschliesslich des Rückganges von 91 000 muss also der Rundfunk jetzt auf die Gebühren von 216 000 Teilnehmern verzichten. Das ist ein Ausfall von 430 000 M monatlich, also rund 5 Millionen Mark jährlich. Da aber sowohl die Zunahme der gebührenfreien Teilnehmer als auch die Abnahme der zahlenden Hörer fortschreiten wird, so dürfte sich der tatsächliche Ausfall als wesentlich grösser herausstellen.

Die neuen Herren im Rundfunk haben also nicht nur das Ansehen des Rundfunks verwirtschaftet, sie verwirtschaften auch sein Geld. Es ist ihnen gelungen, die Einnahmen zu senken. Bei den Ausgaben haben sie sich ebenso erfolgreich umeine Steigerung bemüht. Manche von ihnen haben zwar früher über die hohen Spitzgehälter im Rundfunk weidlich geschimpft. Aber seitdem sie sie selbst beziehen, ist es überaus still um dieses trübe Kapitel geworden. Das ist eben der Sinn der "grundsätzlich neuen Staatsführung", die uns inzwischen den geschilderten Niedergang des Rundfunks beschert hat, dass ihre Träger jetzt das Gegenteil von dem tun, was sie früher ohne Amt und Würden propagiert und gefordert haben. Wir verlangen jedenfalls, dass die Urheber an dem Niedergang des Rundfunks, der nationalsozialistische Reichsrundfunkkommissar und seine schwarz-weiss-rote Umgebung, in ihren persönlichen Bezügen die finanziellen Schwierigkeiten des Rundfunks zu kosten bekommen.

Im übrigen wird man sich rechtzeitig darüber klar sein müssen, dass auch für den Rundfunk die Zeiten vorbei sind, in denen man aus dem Vollen wirtschaften konnte. Die fetten Jahre sind vorbei, die mageren Jahre haben begonnen. Nur durch gute Leistungen wird der Rundfunk sein geschwundenes Ansehen wieder gewinnen können. Will man den Rundfunk vor finanzieller Misswirtschaft bewahren, dann muss man die Aera der "grundsätzlich neuen Staatsführung" mit ihren neuen Männern beenden. Je eher das geschieht, umso besser für den Rundfunk und seine Finanzlage.

-----

SPD. Bukarest, 20. Oktober (Eig. Dr.):

Der nationalzararistische Parteivorsitzende Maniu hat am Donnerstag mit der neuen Regierung gebildet. Ihr gehören mit Ausnahme von Titulescu, der das Aussenministerium übernommen hat, nur Nationalzararisten an. Innenminister ist Michalake und Finanzminister Madgeari; der bisherige Finanzminister Mironescu ist zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ohne Portefeuille ernannt worden. Die übrigen Ressorts weisen die alte Besetzung auf.

Der bisherige Ministerpräsident Vaida hat den Eintritt in die neue Regierung abgelehnt und erklärt, dass er erst nach Beendigung der Verhandlungen über den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion bereit sein werde, wieder an der Regierung teilzunehmen.

-----

SPD. Vor ein paar Tagen hat der Zentrumsabgeordnete Kaas in Münster unter Hinweis auf den Ernst der Stunde den Gedanken angeregt, es möchten sich einige führende Politiker aus den verschiedenen Lagern zusammensetzen, um eine "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" zu schaffen. Man konnte vielleicht im Zweifel sein, ob der Zentrumsführer bei seinem Plan auch die Mitwirkung der Sozialdemokra-

tie im Auge hatte. Aber jetzt hat sich der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning in Köln ausdrücklich an die Adresse der "Linken" gewandt. Zwar nicht in der Form einer unmittelbaren Aufforderung zu einer Art von Koalition, aber doch so, dass seine Worte als eine Mahnung zur Bildung einer Abwehrfront gegen die antidemokratischen Absichten des Kabinetts Papen aufgefasst werden müssen.

Auf der linken Seite, so ungefähr drückte Brüning sich aus, lege man die Hände in den Schoss und warte man ab, was eines Tages kommen möchte. Entschliesse man sich nicht, den Mut zur Gesundung des Parlaments und der Verfassung zu entwickeln, dann werde es eines Tages so weit sein, dass die in Frage kommende Parteien das Wort demokratisch aus ihrem Namen und Programm streichen müssten.

Es ist schwer verständlich, wie Herr Brüning zu der Ansicht kommen kann, die Sozialdemokratie lege die Hände in den Schoss und biete nicht ihre Kräfte zur Rettung und Erhaltung der demokratischen Verfassung auf. Die Sozialdemokratie ist sich der Gefahren der Papenschen Politik im vollen Umfang bewusst. Es vergeht kein Tag, an dem sie nicht in ihrer Presse und in ihren Versammlungen auf die schwere Bedrohung der Volksrechte hinweist und ihre Anhänger zur Verteidigung ihrer heiligsten Güter auffordert. Dürfen wir fragen, was das Zentrum in dieser Beziehung bisher mehr getan hat?

Wenn die Antwort etwa dahin lauten sollte, dass das Zentrum eine Verständigung oder, um mit Kaas zu reden, eine Notgemeinschaft mit den Nationalsozialisten herbeizuführen suche, so muss Herrn Brüning wie Herrn Kaas gesagt werden, dass die Sozialdemokratie sich von dieser Bundesgenossenschaft im Kampf um die Verfassung nicht das geringste verspricht. Sie hegt im Gegenteil die lebhafte Befürchtung, dass auch das Zentrum eine bittere Enttäuschung erleben wird, wenn es aus der Opposition, die die Hitlerpartei zur Zeit gegen das Kabinet Papen treibt, auf ihre Bereitwilligkeit zum Kampf für die demokratischen Einrichtungen schliesst. Jede Macht und jeden Einfluss, den Hitler im Staate besitzt, wird er nur benutzen, um seine und seiner Clique Diktatur zu errichten. Der Teufel wäre mit Beelzebub ausgetrieben.

Weil die Zentrumsparlei diese unsere Besorgnisse nicht teilt, hat sie nach dem 13. August die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten aufgenommen. Aber wenn wir Herrn Goebbels glauben dürfen, ist in diesen Besprechungen die Frage, die von den Zentrumsführern in den Vordergrund gestellt wird, überhaupt nicht berührt worden. Niemals, so rief der kleine Gernegross bei dem deutsch-nationalsozialistischen Boxkampf in der Berliner Neuen Welt aus, niemals sei in den Verhandlungen mit dem Zentrum über die Verfassung und über die Notverordnungen gesprochen worden. Das wäre allerdings ein unbegreifliches Ausweichen, denn das Verfassungsproblem steht nicht etwa erst seit der Reichstagsauflösung und seit der Münchener Rede des Reichskanzlers auf der Tagesordnung.

Und wenn die weitere Mitteilung des Herrn Goebbels zutrifft, dass für ihn damals ein Ministerium für Propaganda, Volkserziehung und öffentliche Masseneinflussung in Aussicht genommen worden sei, so würde das bedeuten, dass das Zentrum bereit gewesen wäre, die Propaganda für Demokratie und Parlamentarismus einem Manne zu übertragen, dem doch wohl auch seiner Meinung nach nicht die kleinste Garantie für eine Tätigkeit im Sinne der von den Herren Kaas- und Brüning verkündeten Verfassungsideen liegt.

Es wäre jedenfalls erwünscht zu hören, ob die Mitteilungen aus der Neuen Welt auf Wahrheit Anspruch machen können, oder ob Joseph, der ewige Aufschneider, ein bisschen geschwindelt hat. Das würde den Boden für die Auseinandersetzungen mit den Vorwürfen, die das Zentrum gegen uns erhebt, ebenen helfen.

SPD. Magdeburg, 20. Oktober (Eig. Drähtb.)

Die sechzig bis siebenzig Eisenbahnattentate, die in den letzten Monaten zwischen Magdeburg und Braunschweig verübt wurden, sind unter Leitung zweier Nationalsozialisten ausgeführt worden. Es sind der Reichsbahnoberinspektor

Nord, der Führer des Bahnschutzes, und der Reichsbahnobersekretär Neth. Beide befinden sich in Haft.

Nord erschien wiederholt mit dem Hakenkreuzabzeichen im Dienst. Er hat 10 000 Mark an Tagegeldern - nicht Lohngehälter - unterschlagen, die für die Beamten des Bahnschutzes bestimmt waren, die die Eisenbahnattentäter ausfindig machen sollten und sich nachts auf den Eisenbahnstrecken aufhielten. Vor ungefähr 1½ Jahren hat Nord eine grosse Bierreise durch Stassfurt gemacht. In Wartesaal sind ihm dann angeblich im Schlaf 1200 Mark Dienstgelder gestohlen worden. Nord ist der Urheber der Eisenbahnattentate. Er hat bei seiner vorgesetzten Dienstbehörde die Attentate so darzustellen versucht, als ob sie von Anhängern linksgerichteter Organisationen ausgeführt worden seien. Nord war in Übrigen die rechte Hand des Reichsbahn-Vizepräsidenten.

-----  
SPD. Oldenburg, 20. Oktober (Eig. Bericht)

Die oldenburgische Bevölkerung kommt aus den Ueberraschungen nicht mehr heraus. Nach der Arbeiterschaft sind nun auch weite Kreise des Bürgertums über den Kurs von Nazi-Röver aufgebracht.

Dem Oberkirchenrat, den Drohungen der Nazis zum Strafantrag gegen den Ministerpräsidenten veranlassten, ist inzwischen der Birkenfelder Regierungspräsident Dörr ebenfalls mit einem Strafantrag gefolgt. Er sieht in der Behauptung, er hätte mit den früheren Separatisten sympathisiert, eine wissentlich falsche Anschuldigung durch die oberste Staatsbehörde. In die Enge getrieben, sah sich das Ministerium bereits genötigt, für Herrn Dörr eine öffentliche Ehrenerklärung abzugeben. Die oldenburgischen Beamten wittern jedoch weiteren Unrat von der Naziseite. Deshalb haben sich auch die höheren Beamten und ihre Organisation dem Protest des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes im Falle Röver angereiht. Ebenso sind die Deutschnationalen gegen Parteibuch-Beamtenpolitik der Naziregierung auf dem Plan erschienen. In einer öffentlichen Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten Bunnemann heisst es, was heute ohne die geringste Vorbildung von der Naziregierung an hohen Beamten in die Verwaltung gebracht werde, das sei unter der Regierung Tantzen, der auch Sozialdemokraten angehörten, unmöglich gewesen.

Aber seit Nazi-Röver regiert sind noch andere erbauliche Dinge zu verzeichnen. Die staatlichen Finanzen haben sich seit dem Nazi-Kurs in dem kleinen Lande sehr wesentlich verschlechtert. Trotz dem neuen Beamtengehaltsabzug, trotz der Gehaltsrückstände an viele Volksschullehrer, trotz der durch Aufhebung der bisherigen Freigrenze erhöhten Gewerbesteuer und trotz des eingeführten "Rollsystems" in der Gehaltsauszahlung, ist die Staatsschuld beträchtlich gestiegen. Die öffentliche Wohlfahrt musste aufs stärkste gekürzt werden; einzelne Städte sind gezwungen bis zu tausend Prozent Bürgersteuer zu erheben. Gewiss ist auch anderswo Ebbe in den Kassen; in Oldenburg aber wollte der "durch Hitler mit der Regierungsbildung beauftragte" Herr Röver ein finanzielles Musterländchen schaffen! Das haben die Nazis vor ihrer Regierungsübernahme überall und tausendfach versprochen.

Eine unangenehme Sensation hat es schliesslich hervorgerufen, als in diesen Tagen bekannt wurde, dass der nationalsozialistische Präsident des oldenburgischen Landtages, der Eisenbahnsekretär Joel, der auch stellvertretender Nazi-Gauführer ist, von seiner Behörde einen halbjährlichen Urlaub nachgesucht und erhalten hat, um seine Landtagsgeschäfte wahrzunehmen. Tatsächlich aber ist der oldenburgische Landtag durch Betreiben der Nationalsozialisten geschlossen. Also gibt es für Herrn Joel als Landtagspräsident garnichts zu tun. Niemals hat in früheren Jahren ein sozialdemokratischer oder bürgerlicher Präsident dieses kleinen Landtages ausserhalb des jeweiligen Tagungsabschnittes eine besondere Entschädigung beansprucht oder erhalten. Dabei tagte der Landtag damals, was er heute, aus Furcht vor der öffentlichen Kritik am glorreichen Nazi-System auf Veranlassung dieser Volks-"Freunde" nicht mehr tut.

Joel erhält für die Urlaubszeit aus der Staatskasse zwar nur die Hälfte des Gehalts, aber auch das für nichts und wider nichts; denn Dienst tut er nicht. Während er sich so gewissermassen auf Staatskosten aushalten lässt, werden Tausende von Eisenbahnarbeitern "aus Mangel an Mitteln" brotlos auf die Strasse gesetzt. Die Eisenbahner-Organisationen haben gegen diese Ungerechtigkeit bei den zuständigen Stellen scharfen Protest eingelegt.

Unterdessen reist Nazi-Röver im Lande herum und hält dumme Reden. Mit dem jahrelang versprochenen Nazi-Paradies hat er es wenig eilig!

-----

SPD. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat das Hochverrats-Verfahren gegen den Nazidoktor Best, den Verfasser der Boxheimer Dokumente, eingestellt. Grund: Mangel an Beweisen!

Da sitzen also führende Nazimänner, Landtagsabgeordnete und sogar ein Gerichtsassessor Dr. Best wochenlang zusammen und arbeiten mit Wissen des Braunen Hauses in München die Pläne aus, wie sich der Umsturz der Verfassung und die Machtübernahme Hitlers im Einzelnen zu vollziehen habe. Die Bauern haben ihre Ernte, die Geschäftsleute ihre Warenvorräte abzuliefern, die Arbeiter dürfen nicht streiken, die Republikaner keinen Widerstand leisten, und jeder der sich diesen und hundert anderen Anordnungen widersetzt: "wird erschossen". Dutzendmal kehrt diese Androhung wieder und dass es den Herrschaften mit ihren Plänen bitter ernst ist, bewies der Herr Oberosaf selbst, der von Hindenburg drei Tage Mordfreiheit für die Machtübernahme verlangt hat. Gegen Dr. Best und Genossen wird aber nicht einmal ein Verfahren eröffnet "mangels notwendiger Beweise".....

-----

SPD. Stockholm, 20. Oktober (Eig. Dr.)

Gegen Torsten Kreuger, der sich bisher unter Aufsicht der Kriminalpolizei befunden hat, ist am Donnerstag Haftbefehl wegen Konkursbetruges erlassen worden. Der Angeklagte ist daraufhin ins Untersuchungsgefängnis überführt worden. Die erste Gerichtsverhandlung gegen ihn ist auf den 28. Oktober angesetzt.

-----

SPD. Am Donnerstag beendete der Klepper-Ausschuss des Preussischen Landtags das Zeugenverhör über die Geschäfte der Preussenkasse mit der "Kölnischen Volkszeitung".

Der deutschnationale Zeuge Dr. Helfferich, Kleppers Nachfolger im Präsidium der Preussenkasse, bekundete, dass unter seiner Leitung keine staatlichen Stellen an die Preussenkasse zwecks Unterstützung von Zeitungen herantreten seien. Auf die Frage des Vorsitzenden Zubke (DNVP), ob der Zeuge die Ansicht vertritt, dass die Geschäfte mit der "Kölnischen Volkszeitung" sich im Rahmen der Kreditvorschriften der Preussenkasse gehalten hätten, entgegnete Dr. Helfferich: "Nein, dieses Geschäft halte ich nicht im vorgeschriebenen Rahmen." (Bewegung.) Die Zinsen, die die eingeschaltete Arbeiterbank erhalten hatte, bezeichnete der Zeuge als "weder wucherisch noch anormal". Die Liquidität der Preussenkasse sei in keiner Weise durch die Geschäfte Kleppers beeinflusst worden.

Direktor Siedersleben von der Preussenkasse verteidigte Kleppers Haltung, indem er darauf hinwies, dass Klepper im Rahmen der Statute sich an die Anweisungen der vorgesetzten Regierungsstellen hätte halten müssen. Schliesslich erklärte der Zeuge Melzer, Schriftleiter der "Landwirtschaftlichen Rundschau", noch, das einzige Bestechungsangebot, das ihm in seinem Leben gemacht worden sei, stamme von Herrn Klepper. (Grosse Bewegung.) Der Zeuge behauptete, stets

Kleppers schärfster journalistischer Gegner gewesen zu sein und bei einem Essen der Rentenbank hätte Klepper, der sein Tischnachbar gewesen wäre, ihm ein Angebot gemacht, jederzeit Kredit ohne Sicherheit bei der Preussenkasse in Anspruch zu nehmen. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten wegen dieser Beschuldigung die sofortige Gegenüberstellung des Zeugen mit dem Beschuldigten. Mit Stimmengleichheit wurde dieser Antrag jedoch abgelehnt und die Ladung auf später verschoben.

Der Ausschuss vertagte sich schliesslich bis nach den Reichstagswahlen. In der Zwischenzeit dürften die deutschnationalen Stinkbombenwerfer versuchen, ihre Kampagne in der Hugenberg-Presse fortzusetzen. Wir werden diesen Burschen gehörig auf die Finger klopfen!

-----

SPD. Oslo, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der norwegische Kriegsminister Quisling, ein berüchtigter Arbeiterfeind, der erst kürzlich ein angebliches Attentat gegen seine Person zum Anlass nahm die norwegische Sozialdemokratie landesverräterischer Beziehungen zu den Sowjets zu bezichtigen und ein Verbot der Arbeiterorganisationen zu erwirken, suchte, ist wieder auf dem Kriegspfad. Anlässlich einer von dem Seeoffizier Olaf Kullmann in mehreren Arbeiterversammlungen wiederholten Äusserung, ein Militärstreik sei gegebenenfalls das einzige Mittel, um einen Krieg zu verhindern, hat Quisling ihn des Hochverrats angeklagt. Da der entfesselte Minister zugleich öffentlich gedroht hat, gegen "noch einige ausserhalb des Militärs stehende Personen" das gleiche Verfahren zu eröffnen, betont das sozialdemokratische "Arbeiterbladet" in Oslo, dass damit die Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften gemeint sind, und dass ein neuer Anschlag Quislings gegen die norwegischen Arbeiterorganisationen in Vorbereitung sei.

-----

SPD. "Sieben Monate SA-Mann" war ein aus glühendem Idealismus zu Hitlers Fahnen geeilter Sohn gutbürgerlicher Eltern. Ob in der SA-Schule, bei den SS-Leuten oder als treuer diensttuender SA-Mann, ob in der Stadt oder auf dem Dorf, immer tat er seine Pflicht im Dienste des Hakenkreuzes und "für die Freiheit und Wiedergeburt Deutschlands". Mit Ekel und Abscheu und voll tiefster Enttäuschung hat sich jetzt dieser SA-Mann wie Tausende von anderen von der braunen Armee abgewandt. Er erzählt der "Vossischen Zeitung" warum! Hören wir zu:

"Deutsche Jugend, du glaubst, der Durchschnitts-SA-Mann sei ein fanatischer, opferbereiter Kämpfer für seine Überzeugung. Das ist ein Irrtum. Ich behaupte, dass nur ein sehr geringer Prozentsatz der SA überzeugt von ihrem nationalsozialistischen Evangelium ist. Die grosse Masse setzt sich aus unerfahrenen jungen Leuten zusammen, die weder das Programm ihrer Partei noch überhaupt die grossen Wesenszüge der Politik kennen. Mindestens 30 v.H. der SA besteht aus früheren Kommunisten, die fast alle vom Hunger, vom Missbehagen an ihrer bisherigen nutzlosen politischen Betätigung, von einer Lust am Radikalismus und am Raufhandel und von der Hoffnung auf Vorteile mancherlei Art in die "Braune Armee" hineingetrieben sind. Ausserordentlich gross ist unter der SA der Prozentsatz krimineller Leute. Ich habe sehr viele, auch unter den Unterführern, kennengelernt, die Stammkunden der Gerichte sind und bedeutende Vorstrafen aufzuweisen haben. Auch solche Leute, die im Leben immer wieder versagt haben, Leute, die ihr Erbgut vertateten, die sich als Geschäftsleute oder als Angestellte unbrauchbar erwiesen, finden wir in der SA in solcher Anhäufung, wie nirgends sonst. Sie flüchten zu diesem Radikalismus aus Verärgerung über ihr Missgeschick im Leben; viele aber suchen sich auch auf diese Weise eine neue Existenz. Ich kenne eine Kreisleitung, deren Mitglieder

fast ausschliesslich Bankrotteure sind; ich kenne den Leiter eines Arbeitslagers, der wegen Faulheit und Unzuverlässigkeit aus dem Justizdienst und hernach auch aus seiner Stelle an einer Bank fristlos entlassen wurde. Ich könnte zahllose Fälle aufzählen, in denen sich junge Taugenichtse auf SA- und SS-Schulen oder im nationalsozialistischen Arbeitsdienst herumdrücken, weil sie aus dem Beruf und aus dem Elternhaus herausgeworfen wurden. Sie alle hoffen, Pöstchen zu finden, wenn das Dritte Reich kommt, ja, die meisten von ihnen sind auch schon von den Unterführern für solche Pöstchen vorgemerkt. Führerdünkel, Klassenunterschiede, Kadavergehorsam usw. sind so ausgeprägt, dass man Scheuklappen tragen muss, will man sie ableugnen. Die Privatarmee der Nationalsozialisten ist und bleibt eine schwere Gefahr für die Ruhe und Ordnung und nicht zuletzt für die Anständigkeit des deutschen Volkes, vor der nur die Aufklärung und die Vernunft uns bewahren kann."

So urteilt einer, der als glühender Idealist zu Hitler gegangen ist und die Augen offen behielt. Uns erzählt er nichts Neues. Wir haben die Mehrzahl der kleinen und der grossen Hitlerleute nie anders beurteilt.

-----

SPD. Aus Karlsruhe wird uns berichtet: Man ist zwar von den Kommunisten Vieles gewöhnt. Was sie sich aber dieser Tage geleistet haben, dürfte doch noch nicht dagewesen sein. Unter der Flagge "Kampfbund gegen den Faschismus" hielten sie hier eine öffentliche Versammlung ab, die von etwa 200 Personen besucht war, ein für Karlsruher Verhältnisse guter Besuch. Unter den Besuchern befanden sich etwa 20 Nationalsozialisten. Redner war ein Redakteur des Mannheimer Kommunistenblattes. Nach Schluss des Referats fand die Wahl von Delegierten zu einem dieser Tage in Karlsruhe stattfindenden "Kampfkongress der antifaschistischen Einheitsfront" statt. Ausgerechnet zu diesem Antifaschistenkongress wählten die 180 Kommunisten als Delegierte zwei der anwesenden Nationalsozialisten!! Man möchte solche Verrücktheit nicht glauben, wenn das hiesige nationalsozialistische Blatt nicht siegenstrahlend die Namen der beiden faschistischen Antifaschisten mitteilen würde!

Jämmerlicher konnte die KPD ihr Antifaschisten-Geschrei wohl kaum selbst entlarven.

-----

SPD. Paris, 20. Oktober (Eig. Drahtb.) Der radikalen "Volonté" wird aus Bukarest gemeldet, dass Prinz Sixtus von Bourbon vor einigen Tagen dort eingetroffen sei, um die Zustimmung König Carols zu einer eventuellen Ausrufung zum König von Polen zu erbitten. Marschall Pilsudski, dessen Energie infolge seines hohen Alters nachgebe, habe die Absicht, Polen zum Königreich zu machen, um ihm innere Unruhen zu ersparen

-----

SPD. Frankfurt/M., 20. Okt. (Eig. Drahtb.) Die sozialdemokratische "Volksstimme" meldet, dass der wegen Mordes an seiner Geliebten in Haft befindliche SA-Mann Stubenrauch, der mit zwei jungen Komplizen seine Geliebte in den Main warf um keine Alimente zahlen zu müssen, dem Sturm 4/81 der nationalsozialistischen SA angehörte. Die letzten zwei Wochen vor seiner Verhaftung habe Stubenrauch bei der SA Wachdienst gemacht. Wegen Teilnahme an einem unerlaubten Demonstrationzug der SA von Flörsheim nach Frankfurt sei Stubenrauch am 29. Juni vorübergehend festgenommen worden. Am 3. Oktober, am Tage seiner Verhaftung, habe er auf dem nationalsozialisti-

schen Parteibüro seine Mitgliedsbeiträge bezahlt. Bei seiner Verhaftung habe er das Parteiabzeichen der Nationalsozialisten getragen.

Die Versuche der nationalsozialistischen Presse, von dem Mordbuben abzurücken, sind also zwecklos.

-----

Die Meldung der nationalsozialistischen Presse, dass der frühere Kölner Polizeipräsident Bauknecht seinerzeit bei seinem Eintritt in die preussische Verwaltung ein Gehalt von 111 500 Mark bezogen habe, ist erlogen. Als Bauknecht in den Staatsdienst eintrat, befand sich Deutschland mitten in der Inflation. Bauknecht wurde deshalb ebenso wie alle anderen Beamten in Papiermark besoldet. Er hat niemals ein höheres Gehalt bezogen als alle anderen Beamten seiner Besoldungsgruppe.

-----

SPD. Aachen, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Oberbergamt teilt zu dem schweren Grubenunglück auf Zeche Jacoba in Hückelhoven bei Aachen mit, dass zur Zeit der Explosion Grubengase in grossen Mengen vorhanden gewesen sind. Die Entzündung sei aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Benzinsicherheitslampe des mit verunglückten Schliessmeisters zurückzuführen. Bei dem Versuch, die vorher erloschene Lampe wieder anzuzünden, sei die Explosion erfolgt.

Inzwischen sind von den elf verletzten Bergleuten fünf gestorben, sodass das Unglück nunmehr insgesamt sechs Opfer gefordert hat.

-----

SPD. "Adolf Hitler im Felde" heisst das in Hunderttausenden von Exemplaren vor der Präsidentenwahl von den Braunen Häusern verbreitete Buch zum Ruhm und zur Ehre des Gefreiten Adolf. Es ist das Bilderbuch, in dem der Oberosaf sechzehn Franzosen samt Offizier umzingelte und gefangen heimbrachte, weshalb ER, der Stabsgefreite, das EK I erhalten haben soll. Der Verfasser dieses Buches ist ein Stabsoffizier Hans Mende, den sich der grosse Adolf mit gutem Geld gedungen hatte. Dieser Hans Mende hat jetzt folgenden Brief an Hitlers Leibadjutanten Brückner geschrieben :

"Herrn Adjutant Brückner!

Auf Grund meiner gestrigen Erfahrung mit Adolf Hitler im Café Hecht habe ich mich entschlossen, jede Kameradschaft sowie Gefolgschaft seiner Partei aufzuheben... So viel er vom Frontgeist in seinem Evangelium predigt, so wenig bemüht er sich, an seiner eigenen Person ein Exempel zu statuieren.

Hätte ich in meinem Buche all dasjenige angeführt, was ich bewusst verschwiegen habe, dann wäre Hitler nicht so als Held herauskristallisiert worden. Es wäre viel nützlicher für ihn und seine Partei, wenn er zurück dächte, was er einst war.

Die Folgen seines Benehmens mir gegenüber kann er sich selbst zuschreiben. Zuguterletzt bin ich in keiner Weise auf ihn angewiesen. Wenn er die hochgeborenen Herrschaften kritisieren will, dann muss er selbst wieder zum Volk herabsteigen. Ich habe 22 Jahre bei den Hochgeborenen mein Geld verdient, aber keiner war so hochgeboren, dass er mir nicht die Gelegenheit gegeben hätte, mit ihm zu sprechen. Und wenn ich heute mit einem meiner ehemaligen Offiziere vom 2. Ulanenregiment zusammentreffe, und wenn er auch das Prädikat "Durchlaucht" in seinem Familiennamen führt, sind sie immer noch nicht so hochgeboren, um mir nicht die Hand zu schütteln, was vielleicht Hitler in seinem Grössenwahn verweigern würde.



Herr Brückner, ich möchte Sie inständig bitten, diesen Brief Herrn Hitler vorzulegen, und empfehle mich Ihnen mit meiner vorzüglichsten Hochachtung;

(gez. Mend)."

Dieser Brief spricht eine deutliche Sprache über die Propaganda-Methoden des Braunen Hauses und über den Schwindel vom grossen Helden Adolf. Auch dieser junge Ruhm ist bereits verwelkt. Was bleibt da von dem "Erretter Deutschlands" übrig? Dass er auch als Politiker nichts anderes ist wie als Stabsgefreiter: ein aufgeblasener Renommist.

-----

SPD. Paris, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Herriot wird am kommenden Sonntag in Lens bei der Einweihung eines Krankenhauses eine Rede halten. Vor einigen Tagen war angekündigt worden, dass dies die grosse politische Rede sein werde, die der jeweilige Ministerpräsident nach altem Brauch wenige Tage vor der Eröffnung einer Parlamentstagung hält. Jetzt wird mitgeteilt, dass Herriot seine Rede nicht vorbereiten und sie auch keinen politischen Charakter haben werde. Es ist anzunehmen, dass dieser Entschluss auf die in der letzten Zeit erfolgte Zuspitzung der innerpolitischen Lage zurückzuführen ist.

Während die Aussenpolitik des Kabinetts nicht nur von den Mehrheitsparteien, sondern auch von der Opposition gebilligt wird, ballen sich am innerpolitischen Horizont düstere Wolken zusammen. Der Stein des Anstosses ist die Politik, die die Regierung bei der Beseitigung des vorhandenen und des im nächsten Jahre zu erwartenden Budgetdefizits zu verfolgen gedenkt. Die Linke mit Ausnahme eines Teils der Radikalen protestiert gegen die Herabsetzung der Beamtengehälter, die sie durch eine Herabsetzung der Militärkredite ersetzt sehen möchte; die Rechte protestiert gegen die neuen Steuern, die trotz des von der Regierung wiederholt gegebenen Versprechens eingeführt werden sollen. Vor allem ist gedacht an eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, eine Neuregelung und Verschärfung der Kontrolle bei der Einkommensteuer, eine Ausdehnung der Umsatzsteuer auf Automobiltransporte und die Erhöhung verschiedener indirekter Steuern, in erster Linie die Benzinsteuern. Alle diese Massnahmen genügen aber noch nicht, um das etwa acht Milliarden Francs betragende Defizit auszugleichen. Es soll daher noch eine autonome Pensionskasse geschaffen werden, mit deren Hilfe die in den nächsten Jahren fälligen Pensionen auf 50 bis 60 Jahre verteilt werden sollen. Ferner ist beabsichtigt, auf dem Umwege über einen Gesetzentwurf für den Ausbau der französischen Wirtschaft eine neue Anleihe aufzulegen, deren erster Teil in Höhe von vier Milliarden Francs noch vor der Verabschiedung des Budgets genehmigt werden soll, das das Schatzamt wahrscheinlich über nicht mehr genügend flüssige Mittel bis zum Ende des Budgetjahres verfügt.

Die Pläne der Regierung sind am Donnerstag der Finanzkommission der Kammer unterbreitet worden. Der Finanzminister verteidigte sie vor allem mit dem Argument, dass, wenn das Budget des nächsten Jahres nicht ausgeglichen werde, die schwebende Schuld sich Ende 1933 auf 19 Milliarden Francs belaufen würde. Die Kommission beschloss, mit der Beratung der ihr übergebenen Ausgabenbudgets am Freitag zu beginnen.

Ob die Regierung die Schlacht gewinnt, ist durchaus nicht sicher. Man erwartet vielmehr, dass sie bei der Budgetberatung in der Kammer geschlagen wird. Ob dann eine schärfer links orientierte Regierung oder gleich eine Konzentrationsregierung die Geschäfte übernehmen wird, hängt von den weiteren Ereignissen ab. Es dürfte aber so gut wie sicher sein, dass Herriot in jeder neuen Regierung das Aussenministerium behält, wie seinerzeit Briand unter den verschiedenen Rechts- und Linksregierungen.

SPD. Brüssel, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der 75jährige frühere Kriegsminister de Broqueville, der der katholisch-konservativen Gruppe angehört, hat vom König den Auftrag zur Neubildung der Regierung erhalten. de Broqueville hat sich am Donnerstag bei Führern der Katholiken und der Liberalen um Unterstützung bemüht. Am Freitag wird er dem König über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht erstatten. Sollte ihm die Regierungsbildung gelingen, so dürfte sich die Rolle der neuen Regierung wahr scheinlich in der Hauptsache auf die sofortige Auflösung des Parlaments und die Durchführung von Neuwahlen beschränken.

Der Generalrat der Arbeiterpartei hat inzwischen ein Wahlmanifest beschlossen und veröffentlicht. Der Wahlkampf hat eigentlich schon begonnen.

-----  
SPD. Aachen, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitsgemeinschaft freier Sexualreform-Vereine in Aachen hatte vom 17. bis 27. Oktober in Aachen eine Ausstellung geplant, die in den Kreisen der Arbeiterschaft Aufklärung über die Förderung der Geburtenregelung, die Geschlechtskrankheiten und den Kampf gegen den § 218 sich zum Ziel gesetzt hat. Weiter waren Lichtbildervorträge über die Entstehung des Menschen, über Frauenkrankheiten usw. vorgesehen. Die Ausstellung ist bereits in vielen Städten des Reiches mit grossem Erfolg gezeigt und von den Behörden lobend anerkannt worden.

Anders im schwarzen Aachen! Zunächst trieben gewisse Kreise, die dem Bracht'schen Zwickelgeist verwandt sind, zweimal das Ausstellungslokal ab. Als schliesslich doch ein Wirt gefunden war, machte man die Polizei scharf. Sie verbot die Ausstellung, weil in den ausgestellten Darstellungen auch eine Herabwürdigung der Offiziere des alten Heeres und der katholischen Geistlichkeit zu erblicken sei. Beanstandet wurden u.a. eine Reihe von Bildern, die Offiziersbordelle hinter der Front in einer nicht anstössigen Form zeigten, ferner ein Bild, das den früheren Kronprinzen im Sportdress auf dem Tennisplatz zeigt, daneben das Bild eines Kriegsbeschädigten, ausserdem ein Bild mit Rupprecht von Bayern in seiner ganzen korpulenten Grösse, daneben wieder ein Kriegsbeschädigter, der mit einer Arm-Prothese arbeitet.

Heisst es etwa die Offizierssehre des alten Heeres kränken, wenn die Wahrheit gesagt und gezeigt wird, dass den Riesenpensionen der Generäle auf der anderen Seite die Not der Kriegsbeschädigten gegenübersteht? Worin die Herabwürdigung der Geistlichkeit bestehen soll, das ist das Geheimnis der Polizei, denn in der ganzen Ausstellung ist nicht eine einzige Darstellung von Geistlichen oder sonst etwas vorhanden, was auf die Geistlichkeit Bezug hätte.

-----  
SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz hat der Schweizer Parteipresse folgende Mitteilung übermittelt :

"Vorträge Hans Schumann. In der letzten Zeit hält der Deutsche Hans Schumann, der vorgibt, Mitglied der SPD zu sein, in der Schweiz Vorträge gemeinsam mit dem Freiwirtschaftsbund. Der Inhalt dieser Vorträge ist die Verteidigung der Freiland-Freigeldlehre, die vom Parteivorstand zu zwei Malen ausdrücklich als antisozialistisch abgelehnt worden ist. Der Parteivorstand hat für die Parteimitglieder die Zugehörigkeit zum Freiwirtschaftsbund untersagt. Wenn daher Schumann gemeinsam mit dem Freiwirtschaftsbunde Vorträge hält und sich dabei hauptsächlich auf die Kritik des sozialdemokratischen Programms beschränkt, so begeht er eine parteischädigende Handlung und muss als Parteigegner betrachtet werden. Wir fordern alle Genossen auf, Disziplin zu halten und die Vorträge Schumann's wie die irgend einer anderen kapitalistischen

Organisation abzulehnen. Sekretariat S.P.S."

Der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratie wird sich mit dieser Angelegenheit noch zu beschäftigen haben, da Schumann die gleiche Agitation auch in Deutschland treibt.

-----

SPD. Prag, 20. Oktober (Eig. Draht.)

Die Arbeiter der Prager Automobilfabrik Walther und der Metallfabrik Podhajsky bei Prag sind in den Streik getreten. Der Streik droht infolge der arbeiterfeindlichen Haltung des Industriellenverbandes auch auf andere Metallfabriken überzugreifen.

-----

SPD. Odysseus, der Held des griechischen Altertums, hätte es sich gewiss nicht träumen lassen, dass er einmal an List und Betrug übertroffen werden könnte. In den Vertretern des Dritten Reiches hat er jedoch seine Meister gefunden. Mit Posaumentönen haben diese Nazis das Paradies versprochen, sobald sie das Volk regieren lassen. Es geschah und geschieht seit vielen Monaten in Mecklenburg, in Oldenburg, in Braunschweig und in Thüringen. Vom Paradies aber keine Spur!

Wo die Nazis die Macht besitzen geht es bergab, tiefer und tiefer, es gibt weniger Lohn und weniger Gehalt, weniger Unterstützung, weniger Brot, aber dafür mehr Steuern, mehr Parteibuchbeamte und mehr Staatsschulden! Statt Himmel und Paradies: Fegfeuer und Hölle. In all diesen Staaten wackeln bereits die Nazimehrheiten und wanken die Throne. Um sie zu stützen und dem Volk die Augen zu verschmieren, verfallen die verantwortlichen Naziminister auf die sonderbarsten Ausflüchte und Verdummungsmanöver. In Oldenburg entfesseln sie eine nie erlebte Judenhetze, um das Volk auf die Juden abzulenken. In Thüringen lassen die die Schulkinder beten, Gott möge die Franzosen, Engländer, Belgier und alle Feinde Deutschlands strafen. Dazu ein Schulerlass gegen Versailles. Am Mittwoch wurde ein neues Manöver aufgezo- gen: alle aus den thüringischen Ministerien hinausgehenden Postsachen, erhalten künftig einen Stempel mit dem Aufdruck: "Wer behauptet, Deutschland sei am Kriege schuld, lügt! Diese Lüge ist die Wurzel unsrer Not! Als ob das Volk von derartigem Blödsinn satt würde?"

Immerhin nehmen wir zur Kenntnis, dass nicht mehr Brüning, nicht mehr die Sozialdemokraten, nicht mehr "das System" sondern die Lüge schuld ist! Aber die Nazilüge vom Dritten Reich, der Nazibetrug. Niemand wird sie abwischen und es kann in Deutschland nicht aufwärts gehen, solange noch ein einziger dieser braunen Propheten in Amt und Würden ist.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Nationaler Gestank.

Zur Gedächtnisschärfung für Harzburger Stinkbombenfabrikanten.

SPD. Die bewährten deutschnationalen Skandalmacher haben sich bemüht eine Wahlstinkbombe gegen die rechtmässige Regierung in Preussen zu werfen. Sie wollten den Eindruck erwecken, als ob die Preussenkasse unter der Regierung Braun unzulässige, ja korruptive Geschäfte besorgt habe, anstatt der notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Gestalten wie die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Zubke und Lothar Steuer haben dies Geschäft in einem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags unternommen, aber ihr klägliches Unternehmen ist schon zusammengebrochen. Wir bescheiden uns nicht damit, dass die Stinkbombenfabrikanten eine Enttäuschung erlitten haben. Wir werden ihnen vielmehr den ersten nationalen Gestank vorführen. Wir erinnern daran, dass die Untersuchung über die Raiffeisen-Angelegenheit ergeben hatte, dass die Republik mit dem Gelde der Steuerzahler die Schäden gutmachen musste, die Grossmannssucht und Spekulationswut der deutschnationalen Genossenschaftsführer ihren Mitgliedern zugefügt hatte. Wir führen der Öffentlichkeit zwei Fälle vor Augen, die den nationalen Gestank aufs Beste zeigen.

Staatsgelder für Spielschäden.

Am 5. Januar 1925 veröffentlichte das Montagblatt des "Berliner Lokal-Anzeiger" die folgende Zuschrift von Herrn Dr. K. von Burchard, dem Sohne eines früheren Präsidenten der Seehandlung:

"Im Hinblick auf die aufsehenerregenden Vorgänge in der Preussischen Staatsbank dürfte Sie vielleicht ein Beispiel interessieren, wie vorsichtig und unbeeinflussbar durch persönliche Rücksichten die Seehandlung in den Vorkriegszeiten in der Gewährung von Krediten verfahren ist. Als in den 90er Jahren der Prinz von Wales, der spätere König Eduard VII in Berlin weilte, gewann er in einer Nacht im Spiel vom Prinzen Radziwill die Summe von 2 Millionen Mark. Es galt innerhalb 24 Stunden den Betrag aufzubringen. Da der Fürst Radziwill mit seinen grossen Besitzungen für die Schuld seines Sohnes Garantie leistete, konnte die Seehandlung unbedenklich auf Ersuchen die gewünschte Summe als Darlehen geben. Vom Kaiser Wilhelm II., der für die Angelegenheit lebhaftestes persönliches Interesse nahm, wurde die schnelle Erledigung dankbar anerkannt."

Das ist eine saubere, eine sehr moralische Angelegenheit! In einer Nacht werden 2 Millionen Mark verspielt und unter Beteiligung des Kaisers werden aus der Staatsbank Gelder flüssig gemacht zur Abdeckung von Spielschulden! Wir empfehlen diesen Fall gleichermassen den deutschnationalen Stinkbombenfabrikanten wie den Monarchisten aller Schattierungen! Wie herrlich lässt sich damit unter dem notleidenden Volke Propaganda für ein neues Hohenzollern-Kaisertum machen. Wir brauchen wieder einen Kaiser, damit seine Umgebung in einer Nacht Riesenvermögen verspielen kann, die dann mit Mitteln der Staatsbank bezahlt werden! Das ist die wahre Autorität und der Kaiser, der so väterlich für die Spieler sorgt, ist die wahre von Gott gegebene Obrigkeit!

Wie wäre es nachträglich mit einem deutschnationalen Antrag wegen dieser Affäre einen historischen Untersuchungsausschuss einzusetzen?

Am 8. und 9. Oktober 1929 wurde im Raiffeisen-Untersuchungsausschuss des Landtags der deutschnationale Geheimrat Dietrich vernommen, Generaldirektor der Raiffeisenbank, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Mitglied des Verwaltungsrats der Rentenbank und Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank, früheres Reichstagsabgeordneter und Vizepräsident des Reichstages, einer der Getreuen um Hugenberg, also einer der Prominentesten deutschnationalen Persönlichkeiten.

Dieser Herr sagte als Zeuge über ein übles Spekulationsgeschäft, das er unternommen hatte, folgendes aus:

"Ich hatte einen bestimmten Posten der rumänischen Staatspapiere angeschafft, diese Papiere sind mir verloren gegangen.

Frage: Wie konnten denn die Papiere verloren gehen?

Dietrich: Ich hatte sie in der Brusttasche und ich glaube, ich hatte sie in einem Barbierladen in der Dorotheen-Ecke Neue Wilhelmstrasse bei mir, und dort sind sie mir abhanden gekommen. Ich habe versucht, sie wieder zu bekommen.

Frage: Sind die Papiere später verkauft worden?

Ein anderer Zeuge: Zum Teil hat Herr Geheimrat Dietrich sie verloren und zum Teil haben sie wohl auch im Depot der Raiffeisenbank gelegen.

Frage: Darf ich fragen, Herr Geheimrat, warum gingen Sie mit diesen Papieren spazieren, statt sie im Depot zu lassen?

Dietrich: Es gab ja nur eine bestimmte Stelle, wo die Papiere zu haben waren. Ich hatte sie dort persönlich abgenommen und hatte sie in der Tasche.

Frage: Sie haben nur einen Teil davon verloren, den anderen haben Sie ins Depot gebracht.

Dietrich: Nein.

Vorsitzender: Es ist doch etwas Ungewöhnliches, dass jemand die gekauften Papiere sich real geben lässt und in die Tasche steckt. Das macht nicht einmal ein einfacher Privatmann.

Dietrich: Jawohl, ich nahm die Papiere mit, es war darüber zu sprechen, als ich nach Hause kam, waren sie nicht mehr da.

Frage: Es ist doch nicht üblich, dass der Leiter einer Grossbank oder der Leiter irgend einer Bankfiliale spekuliert. Er fliegt heraus, sobald er spekuliert!"

Soweit der amtliche Bericht des Raiffeisen-Untersuchungsausschusses über diese unsaubere Geschichte. Es waren für 92 000 Mark rumänische Staatspapiere. Der Herr Geheimrat hat sie beschafft, um damit zu spekulieren. Er hatte sie in der Brusttasche und ging damit schnurstracks nicht in einen Barbierladen, wie er aussagte, sondern in einen sogenannten Massagesalon in der Friedrichstadt, wo sie ihm spurlos aus der Tasche verschwunden sind. Der deutschnationale Geheimrat ist mit dieser Geschichte im Raiffeisen-Untersuchungsausschuss noch sehr geschont worden! Diese unsaubere und erbärmliche Geschichte kennzeichnet den Beruf der deutschnationalen Stinkbombenfabrikanten als Reiniger des öffentlichen Lebens und als Enthüller aufzutreten! Dieser Geheimrat Dietrich hat übrigens später durch Selbstmord geendet, er hat sich ertränkt.

Im alten System hätte er wahrscheinlich nicht ein solches Ende genommen, da wäre er eine hochachtbare, mit Orden und Auszeichnungen versehene Stütze des autoritären monarchischen Regimes gewesen. Passen sie nicht ausgezeichnet zusammen, jener Prinz Radziwill, der in einer Nacht 2 Millionen Mark an den späteren König von England verliert, und der Grandseigneur Dietrich, der mit 92 000 Mark in der Tasche zu gefälligen Mädchen geht und sie sich dort bei einer Schäferstunde entwenden lässt? Im ersten Falle musste die Preussische Staatsbank pumpen, im zweiten Falle hat bekanntlich die Preussenkasse mit 40 Millionen Mark für die verbrecherische deutschnationale Wirtschaft der Raiffeisenbank aufkommen müssen!

Da haben wir den echten nationalen Gestank, da haben wir zwei Stützen des alten Obrigkeitsstaates, zwei Prachtexemplare, die einem neuen monarchischen Regime ebenso zur Zierde gereichen würden. Jagt sie alle zum Teufel - die Stinkbombenfabrikanten, die nationalen Leute und die monarchischen Propagandisten!

# Die Welt

## Der amerikanische Kreuger

### Aufstieg, Glück und Ende des Elektrokönigs Samuel Insull.

SPD. New York, Mitte Oktober (Eig. Ber.)

Auch Amerika hat seinen grossen Finanzskandal: den Fall der Brüder Insull aus Chicago. Die Brüder Insull haben sich beim Zusammenbruch des von ihnen geleiteten Elektrokonzerns kriminell schuldig gemacht. Als die Verurteilungen der Beschuldigten ans Tageslicht kamen, flüchteten sie. Martin Insull wurde in Barrie (Ontario) verhaftet, kam auch zunächst vor das dortige Gericht, wurde aber inzwischen gegen eine Kautions von 50 000 Dollar auf freien Fuss gesetzt. Die Erörterung über die Frage seiner Auslieferung nach Chicago ist in die Wege geleitet. Der betrügerischere der beiden Brüder, aber auch der für die amerikanischen Behörden schwieriger greifbare, dürfte indes Samuel Insull sein. Samuel Insull wurde auf Veranlassung der amerikanischen Gesandtschaft in Griechenland verhaftet; die griechische Regierung weigert sich jedoch vorläufig, den Finanzmann auszuliefern. Das Leben Samuel Insulls ist reich an spannenden Momenten:

#### Sekretär Edisons.

Samuel Insull stammt aus London. Aus Geldmangel musste er die Volksschule schon mit 14 Jahren verlassen. Kenntnisse in Stenographie und Maschinenschreiben verschafften ihm bald eine kaufmännische Stellung. Als er sie verlor, bekam er auf ein Inserat den Sekretärposten bei E.H. Johnson, dem damaligen Londoner Vertreter Edisons. Johnson ging bald darauf nach Amerika. Als Edison die Insullischen Wochenberichte aus London zu Gesicht bekam, erkannte er die Begabung des jungen Mannes - er liess ihn nach Amerika kommen. Edison war für Insull der ideale Lehrmeister. Rasch war der erst 20jährige Sekretär ein intimer Kenner aller Edisonschen Finanzangelegenheiten. Stark ausgeprägter Machthunger und Geltungsdrang trieben Insull zu Transaktionen für eigene Zwecke. Bald hatte er sein erstes Ziel verwirklicht: die Gründung der Commonwealth Electric Company, eine Vereinigung aus fünf miteinander konkurrierenden Unternehmungen, durch die Chicago mit Licht und Kraft versorgt wurde.

#### 100 000 Dollar...

Nun war Samuel Insull scharf nach dem Chicagoer Gas. Er machte sich die Gasgesellschaft untertan, indem er "Big Bill", dem Bürgermeister der Stadt 100 000 Dollar für die Wahlkampagne vorstreckte. Zur "Belohnung" schluckte Insull das Unternehmen - als aber ein junger erfolgreicher Advokat, Richberg, vom Stadtparlament zum Referenten für alle Gasangelegenheiten der Stadt eingesetzt wurde und sofort die Schiebung entdeckte, ging es Insull an den Kränzen: es kam zum Prozess; Sieger blieb der zäh kämpfende Richberg und die Bürgerschaft Chicagos, die durch den Ausfall des Prozesses jährlich etwa zwei Millionen Dollar ersparte. Das war einer der wenigen Rückschläge in Insulls Laufbahn.

#### Der Diktator Chicagos.

Samuel Insull blieb Chef der Chicagoer Gasgesellschaft. 1925 hatte er den Gipfel seiner Macht erreicht. Insull bezog ein märchenhaftes Einkommen etwa 3 bis 4 Millionen Dollar wöchentlich. Er war nicht nur Alleinherrscher

über die Verkehrsmittel, die Gas- und Elektroindustrie, sondern verfügte praktisch auch über die gesamte Polizei Chicagos, deren fein ausgebildetes Bestechungssystem er bis ins letzte kannte. Er gewährte grosszügig Interviews, jagte von einer Konferenz zur anderen, kurz: in allem nahm er die Allüren der grossen Götter des Kapitalismus an.

#### Pech: ein Unbestechlicher...

Als im Jahre 1926 Senator Reed aus Missouri mit der Prüfung der Ausgaben der Insull'schen Gesellschaft betraut wurde, war mit einem Schlage Insull's Stellung erschüttert. Die Untersuchung deckte Unregelmässigkeiten auf, und Reed war unbestechlich. Samuel Insull glaubte, dass ihm die Zeit zum Segen werde: noch nach dem Börsenkrach errichtete er neue Aktiengesellschaften und erhoffte deren Aufblühen durch die Rückkehr der Prosperität, geriet aber dabei immer tiefer und tiefer in Schulden. Seine Geldgeber drängten, in seiner Verzweiflung verpfändete er den Banken gute Werte für eine Anleihe, die er für seine gekündigten Kredite dringend brauchte. Noch 1930 verpfändete er ein Aktienpaket im Werte von 440 Millionen Dollar für eine Anleihe von 40 Millionen! Der Wert dieser Aktien ist später unter den Wert der Anleihe gesunken... - das bedeutete das Ende, dem aber noch ein zäher Kampf mit immer neuen Verlusten vorausging.

#### Bittend und bettelnd...

Noch kurz vor Ablauf des Jahres 1930 richtete Insull alle finanziellen Massnahmen auf eine neuerliche Belebung der Elektroindustrie. In seinen Unternehmen wurde für alle Angestellten die Parole ausgegeben: "Kauft Aktien, wenn ihr eure Stelle nicht verlieren wollt!" Die eingeschüchterten Angestellten kauften... Es hat nichts genutzt.

Die letzten sechs Monate vor dem Zusammenbruch verbrachte Insull in endlosen Besprechungen mit den New Yorker und Chicagoer Bankiers - umso stärker bittend und bettelnd, je näher das Ende kam. Aber selbst ein Wunder hätte ihn nicht mehr retten können; sein endgültiger Abgang war unumgänglich. Drei Stunden brauchte Insull allein zur Unterzeichnung der Lösung seiner vielen Verträge. Er war Direktor von 85 Gesellschaften, Vorsitzender von 65, Präsident von 11 gewesen. Jede der drei Chicagoer Gesellschaften bewilligte ihm eine Pension von 6 000 Dollar jährlich - den Göttern wird das Sterben leicht gemacht. Nachdem aber jetzt eine Untersuchungskommission festgestellt hat, auf welche betrügerische Weise der Konkurs herbeigeführt wurde, will man Samuel Insull und seinen Bruder Martin zur gerichtlichen Verantwortung ziehen. Ob das gelingen wird, ist eine zweite Frage. Es führt ein weiter Weg von Athen nach Chicago.

Dr.K.

+ + +

Geraubte Schätze. Einbrecher entwendeten aus dem Besitz des in einem Klosterbau untergebrachten Zittauer Stadtmuseums kostbare alte Taschenuhren, Armbänder, goldene Halsketten, Broschen und religiöse Kultgegenstände im Gesamtwert von mehreren 100 000 Mark. Die Einbrecher entkamen auf demselben Weg, auf dem sie gekommen waren - mit Strickleitern über Mauern, dann über einen angrenzenden Kirchhof, in dessen regendurchweichtem Boden wichtige Fusspuren gefunden wurden; die Abdrücke eines Männerstiefels und eines Frauenschuhes. Sämtliche Kriminalbehörden Europas wurden durch Polizeifunk von dem Rieseneinbruch informiert.

+ + +

Der ewige Prozess. In der Donnerstag-Sitzung der 2. Berliner Felsenbeck-Verhandlung erschien in Vertretung des wegen angeblicher Begünstigung ausgeschlossenen kommunistischen Verteidigers Rechtsanwalt Litten Rechtsanwalt Löwenthal. Ein Offizialverteidiger, den das Gericht von sich aus gestellt hatte, war von den kommunistischen Angeklagten abgelehnt worden.

+ + +

"Rache". In dem Berliner Stadtteil Moabit wurde ein 55jähriger Bügler auf dem Weg zu seiner Arbeitsstelle von seinem Schwager, einem 37jährigen Kaufmann, überfallen und durch zahlreiche Messerstiche in Kopf, Brust und Leib lebensgefährlich verletzt. Der Täter konnte in seiner Wohnung verhaftet werden. Er gab als Motiv an, dass er einem Streit zwischen seiner Schwester und seinem Schwager beigewohnt habe und beschlossen hätte, seine Schwester zu rächen.

+ + +  
13jähriger Mörder! In Hohenlinde (Oberschlesien) hat ein 13jähriger Knabe seinen 12jährigen Freund im Streit mit einem Taschenmesser erstochen.

+ + +  
57 Haflkranke. In den letzten Monaten sind in Ostpreussen 57 Personen von der Haflkrankheit befallen worden.

+ + +  
Schicksal des Flüchtlings. In Erle (Rheinland) wurde der 41jährige Bergmann Paul Schenk unter Mordbeschuldigung verhaftet. Schenk hat im März 1929 in Merlenbach (Lothringen) seine Haushälterin im Streit erwürgt, ihre Leiche zerstückelt und die einzelnen Teile beseitigt. Der zehnjährige Sohn des Bergmanns verriet die Tat, deren Zeuge er gewesen war, an die Schwester der Ermordeten. Schenk wurde vom Schwurgericht Metz zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Guyana verurteilt. Von Guyana aus flüchtete Schenk auf holländisches Gebiet. Er fuhr mit einem holländischen Dampfer nach Madeira, von dort mit einem deutschen Schiff nach Hamburg. Von hier wanderte er zu seinen Eltern nach Erle, wo jetzt die Festnahme erfolgte. Auf Grund der bestehenden Rechtslage ist die französische Strafe ungültig; Schenk wird sich wegen seines Verbrechens nochmals - diesmal vor dem Schwurgericht Essen - zu verantworten haben.

+ + +  
Blitzmord. In der Nähe von Nordheim (Bayern) wurde ein 20jähriger Schäfer vom Blitz erschlagen.

+ + +  
8 Mark = 16 Schüsse. In Mittelhart bei Bad Aibling (Bayern) brachen mehrere junge Leute in einen Kiosk ein, sahen sich jedoch von dessen Besitzer überrascht. Der Kiosk-Inhaber wurde durch 16 Schüsse lebensgefährlich verletzt. Die Täter flüchteten mit ihrer Beute. Es waren 8 Mark...

+ + +  
Vom Hochsitz aus... Das erweiterte Schöffengericht Kottbus verurteilte den Berliner Bankdirektor Dr. Herbert Kann wegen fahrlässiger Tötung zu 8 000 Mark Geldstrafe. Dr. Kann hat bei einer Jagd in der Nähe von Kottbus seinen Jagdaufseher vom Hochsitz aus versehentlich erschossen. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 2 Monate Gefängnis.

+ + +  
40 000 Briefe! Das Luftschiff "Graf Zeppelin" hat von seiner in der Nacht zum Donnerstag beendeten 8. diesjährigen Südamerikareise 40 000 Briefe mitgebracht.

+ + +  
100 000 Mark Feuerschade! Ein Schadenfeuer, das durch die Explosion einer Lötlampe entstanden ist, vernichtete auf dem holsteinischen Gut Schönhagen des Fürsten Bülow Erntevorräte im Wert von 70 000 Mark; darüber hinaus entstand für 30 000 Mark Sachschade.

+ + +  
Sturmboe. In Rheinsbüttel (Nord-Ditmarschen) wurden durch eine Sturmboe mehrere Häuser zum Einsturz gebracht. Ferner sind viele Lichtmaste und Bäume geknickt worden.



## Stand der Rohstoffmärkte.

Immer noch optimistische Grundstimmung. - Furcht vor der bösen Politik. - Die ausgebliebenen Naturkatastrophen. - Funktionierende Metallkartelle.

SPD. Das geradezu leidenschaftliche Interesse, mit dem man seit Wochen die Bewegungen auf den grossen Rohstoffmärkten verfolgt, ist erklärlich, weil die Hoffnungen auf eine allgemeine Besserung in der Weltwirtschaft auf die Preisbesserungen für Massengüter zurückgehen. Auch die Entstehung des Ankerbepfandesplans der deutschen Reichsregierung ist wesentlich von der Rohstoffhaushalt während des Sommers 1932 beeinflusst worden. Es fragt sich, ob die Rohstoffmärkte auch in Zukunft geeignet sind, den Optimismus in der Weltwirtschaft zu stützen und zu fördern?

Diese Frage ist recht schwer zu beantworten. Der grösste Teil der Märkte liegt seit kurzem wieder schwach und auf vielen Gebieten, so auf dem Getreidemarkt, nähern wir uns wieder bedenklich den niedrigsten Preisen im Herbst 1931 und im Frühjahr 1932, aber mit der Feststellung, dass die Rohstoffpreise abbröckeln, ist es nicht getan. Sie muss durch die andere Feststellung ergänzt werden, dass die Preise ausserordentlich zögernd weichen. Der Widerstand gegen Preissenkungen ist äusserst stark und kräftig.

Diese Erscheinung kann man nicht mit dem blossen Hinweis auf bestimmte politische Momente abtun. Selbstverständlich spielen wahltaktische Gründe mit. So steht Nordamerika kurz vor der Präsidentenwahl und das will besagen, dass sich die Wahlmacher auch um eine Steigerung der Rohstoffpreise bemühen, um so gutes Wahlwetter zu schaffen. Stärker scheinen andere Auftriebskräfte zu sein. Hier kommt der Wandel in der Grundstimmung der Märkte und der Unternehmer in Frage. Man hat genug vom Pessimismus und macht offensichtlich in Optimismus. Dazu kommt, dass Grundlagen für eine weitere Erholung an den Rohstoffmärkten an anderen Stellen, z.B. am Geldmarkt, noch immer erkennbar sind. Jedoch hat die böse Politik, Weltpolitik und Innenpolitik, in den letzten Wochen vieles verdorben, was, rein wirtschaftlich bestimmt, recht gut hätte werden können. So muss festgestellt werden, dass die Aufrollung der Rüstungsfrage durch Deutschland viel Unruhe in die Märkte getragen und viel geschadet hat. Man verweist hier auf die Gefahr, die Rüstungsdebatte könne zu einer ähnlichen Verkrüppelung und zu einer ähnlichen Stagnation führen, wie sie der Reparationslösung im Sommer 1932 voraufgegangen sind.

Nun wird zuguterletzt alles darauf ankommen, ob man die kapitalistische Wirtschaftsmaschine derart regulieren kann, dass Angebot und Nachfrage einigermaßen in ein tragbares Verhältnis kommen. Hier sieht es ziemlich böse aus, am bösesten vielleicht an den Getreidemarkten. Im Frühjahr schien es so, als ob eine Missernte in Nordamerika den Einklang zwischen Angebot und Nachfrage zwangsweise herbeiführen würde. Aber Nordamerika bekam für den Ausfall beim Winterweizen einen Teilersatz durch die gute Ernte an Sommerweizen. Weltwirtschaftlich wurde der Ausfall der nordamerikanischen Winterweizenernte durch die vorzüglichen Ernten in Kanada und in den europäischen Zuschussgebieten, von denen manche, wie Frankreich und Deutschland, wahrscheinlich echte Ausfuhrüberschüsse haben werden, ausgeglichen. Auch die Aussichten für die Ernten auf der südlichen Erdhälfte sind bei grösseren Anbauflächen recht gut.

So erklärt es sich, dass die Preisrückgänge an den Getreidemärkten am grössten und die Widerstände im Markt selbst am geringsten sind.

Es ist eine der kapitalistischen Wirtschaft eigentümliche These, dass die Angleichung von Produktion und Absatz auf den grossen Märkten am besten durch Naturkatastrophen, durch grosse Missernten, Ueberschwemmungen, Insektenschäden usw., erzielt werden könne. Für den Anwendungsfall dieser These in den grossen Getreidegebieten der Welt hat man sich, wie das nordamerikanische Beispiel zeigt, getäuscht. Wir selbst sind der Auffassung, dass das Problem der Ueberproduktion in der kapitalistischen Wirtschaft weniger schwierig zu lösen wäre, wenn sich die kapitalistische Wirtschaft entschliessen könnte, die Krise auf vielen Gebieten, die durchaus eine Verteilungs- und Kaufkraftkrise ist, nach der Absatz-, nach der Kaufkraftseite hin zu lösen. Die hungrigen Mägen von Dutzenden Millionen Menschen in der Welt würden das Problem der in der kapitalistischen Wirtschaft angeblich überschüssigen und nicht verwertbaren Getreidevorräte besser lösen als Naturkatastrophen. Dazu kann sich aber die kapitalistische Wirtschaft nicht entschliessen. Sie kann sich noch nicht einmal dazu entschliessen, dem künstlich zurückgehaltenen Preisfall freien Lauf zu lassen, um auf diese Weise Gebiete vorübergehend ausser Kultur zu setzen, die zu teuer produzieren. Das Kunstmittel der nationalen und internationalen Kartellierung versagt aber gerade auf den Getreidemärkten. Vielleicht kann Deutschland sich rühmen, so etwas wie ein Getreidekartell auf die Beine gebracht zu haben. Mit Unterstützung der Regierung haben wir in Deutschland seit Monaten eine künstliche Zurückhaltung im Angebot von Getreide. Dabei ist interessant zu wissen, dass 50 Prozent der Getreidemengen in Deutschland durch Genossenschaften usw., also durchaus kollektiv verkauft werden. Das macht die bessere Entwicklung auf den deutschen Getreidemärkten, die eine Ausnahmestellung einnehmen, begreiflich, während die Kartellierung anderswo an den Millionen von Köpfen der Getreideproduzenten scheitert.

Auf dem Gebiet der Metalle scheint das Mittel der Kartellierung allerdings zu funktionieren. Vielleicht wird das Kartell hier, ohne einen neuen krisenhaften Zusammenbruch, die Spanne überbrücken können, bis die Lage allgemein etwas günstiger geworden ist. Die Spanne darf natürlich nicht zu lange dauern. Beim Zinn halten die Kartellabmachungen, wenn auch Finanzierungs-sorgen bestehen, vorerst ganz gut. Beim Kupfer will man demnächst versuchen, neue Abmachungen zu treffen. Die Metallkurse sind allerdings durchweg schwächlich, halten sich aber ganz erheblich über dem Tiefpunkt während des grossen Preisrutsches.

Schlimm sieht es jedoch nach der Verbraucherseite aus. Die Umsätze an den grossen Warenbörsen sind äusserst klein. Das Geschäft mit dem Verbrauch ist fast unheimlich still. Dabei scheint sich an einzelnen Stellen, wie ja auch die Erhebung der deutschen Gewerkschaften gezeigt hat, die Beschäftigung in der Bearbeitungsindustrie immerhin gehoben zu haben. Das gilt z.B. vom amerikanischen Eisengrossgewerbe, dessen Durchschnittsbeschäftigung jetzt etwa zwischen 18 bis 19 % liegt, gegenüber 13 % im tiefsten Punkte. Das gilt auch z.B. von den amerikanischen Webwarenbezirken. Von dort sind bis in die letzte Zeit Anregungen für die Textilstoffpreise gekommen. Auch der amerikanischen Autoindustrie soll es seit geraumer Zeit besser gehen. Aber am Gummimarkt, der immer noch verhältnismässig ruhig liegt, hat man bis jetzt wenig davon gemerkt. Der Zuckermarkt hat sich, eben so wie der Markt für Baumwolle, gut behauptet. Aber auch hier sind die Umsätze, besonders soweit Zucker in Frage kommt, auffallend klein.

SPD. Die Nazis haben jahrelang den brutalen Lohnabbau der Industriellen toleriert und geduldet. Ja, erst mit Hilfe der Nazis konnte das Unternehmertum die Lohndrosselungen der letzten Jahre durchführen. Nun müssen die Nazis, während sie gegen die sogenannten nationalen Kreise in Deutschland im harten Wahlkampf stehen, mehr als bisher auf Arbeiterstimmen spekulieren. Aus rein wahltaktischen Gründen erklärt man deshalb, dass die Nazis Gegner jeden Lohnabbaus seien. In tausend Versammlungen wird dieses Lied gesungen.

Wie es wirklich gemeint ist, hat sich in Ostpreussen gezeigt. Dort erklärten die Nazis, jeden landwirtschaftlichen Unternehmer aus der nationalsozialistischen Partei ausschliessen zu wollen, der Landarbeiterlohn abbaut. Aber es ist bei der Ankündigung geblieben. In Ostpreussen wurden, kurz nach der viel besprochenen Ankündigung der Nazis, die Löhne der Hofgänger und Melker wiederum ganz erheblich abgebaut. Die nationalsozialistischen Landwirte haben diesen Abbau mitgemacht. Bisjetzt hat man aber nicht erfahren, ob sie aus der Hitlerpartei ausgeschlossen worden sind.

Ein anderes Beispiel hat sich in Mecklenburg-Strelitz ergeben, das seit geraumer Zeit mit einer Regierung beglückt ist, in der die Nationalsozialisten machen können, was sie wollen. Diese Regierung hat einen geradezu unglaublichen Vorstoss gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Forstarbeiter unternommen. In den Verhandlungen mit Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes forderte die Regierung in Mecklenburg-Strelitz: 1.) Herabsetzung des Zeitlohns von 53 bzw. 52 Pfennigen auf 45 bzw. 44 Pfennigen. 2.) Entsprechende prozentuale Kürzung der Stücklöhne, was einer Kürzung um rund 15 Prozent gleich kommt. 3.) Aufhebung der Vereinbarung, wonach die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach der in Preussen getroffenen Regelung zu erfolgen hat, und Rückkehr zur selbständigen Lohnfestsetzung.

Die nationalsozialistische Regierung begründet diese ungläublichen Forderungen damit, dass eine grundsätzliche Abwehr von den heute noch gezahlten politischen Löhnen unbedingt notwendig sei.

Eine äusserst nette Begründung, die die Phrasendreschereien der Nazis über Widerstand gegen jeden Lohnabbau genügend kennzeichnet. Der Deutsche Landarbeiterverband hat die Naziregierung nicht darüber im Zweifel gelassen, dass die Arbeiter nicht mittun werden. So sind die Verhandlungen gescheitert. Der Schlichter hat nun das Wort. Von sich aus hat aber die Naziregierung in Mecklenburg-Strelitz die Lohnsenkungen vorgenommen.

Seitdem das geschehen ist, sind einige Tage vergangen, ohne dass die Leitung der Nazi-partei in Mecklenburg-Strelitz gegen das Vorgehen der Naziregierung protestiert hat. Auch nicht einmal eine nationalsozialistische Zeitung hat sich bereit gefunden, das Nötige über diesen Lohnraub der Naziregierung zu sagen.

Die Landarbeiter werden sich daraus ihren Vers machen und am 6. November geschlossen gegen das Nazitreiben und für die sozialdemokratische Partei stimmen.

-----

SPD. In einer Rede im Hamburger Ueberseeclub beschäftigte sich der Reichsbankpräsident Dr. Luther u.a. mit den Fragen der Kontingentierung und der Auslandsverschuldung und richtete einen Appell an die grossen Gläubiger-nationen, also an Amerika und England, jetzt alles zu tun, um der sich langsam erholenden Weltwirtschaft finanzielle Erleichterungen zu verschaffen.

Mit einer deutlichen Spitze gegen seinen Vorgänger Dr. Schacht, der in letzter Zeit als Anwärter für den Posten eines Reichsbankenkommissars genannt worden ist, bemerkte Luther, dass er die kurzfristige Verschuldung vorgefunden habe, als er auf den Posten des Reichsbankpräsidenten berufen wurde.

Um den Unterschied zwischen Gläubiger- und Schuldnerland allmählich auszugleichen oder auf ein tragbares Mass zurückzuführen, gäbe es nur das Mittel des freien Warenverkehrs. Die Bahn für den Warenverkehr müsse durch Herabsetzung der Zölle und Einschränkung der sonstigen internationalen Handelshemmnisse (Dieses Passus sollte die gegenwärtige Reichsregierung für ihre Kontingentierungspolitik besonders studieren, Red.) frei gemacht werden. Eine solche Bewegung aber könne der Natur der Sache nach ihren Ursprung nur von den grossen Gläubigerländern aus nehmen. Nachdem andere grosse Länder zu einer freiwilligen Konversion grosser Anleihen gekommen sind, sei ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft schwerlich denkbar, wenn nicht im Laufe der fortschreitenden Geldverflüssigung der Kapitalismärkte sich nicht auch Möglichkeiten eröffnen, um die zu hohen Lasten, die auf die Volkswirtschaften der Schuldnerländer drücken, zu ermässigen. Hier liege neben der Erleichterung des freien Warenverkehrs auf der Erde die wichtigste Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz.

Im übrigen setzte sich der Reichsbankpräsident mit der Kritik an seinem Brief auseinander, in dem er sich an die Adresse der Reichsregierung gegen das Abenteuer der Kontingentierungspolitik gewandt hat. Gegenüber den Vorwürfen, die die Kontingentierungsfreunde gegen den Reichsbankpräsidenten richteten, die Reichsbank betreibe die Geschäfte der internationalen Finanz, bemerkte Luther, dass die Reichsbank mit allem was sie tue, das Instrument der deutschen Nationalwirtschaft sei und sein werde. Wenn er die Dinge bei der Kontingentierung so sehe, wie er sie sieht, sei das nicht Internationalismus, sondern Dienst am deutschen Volke. Jeder, der sich mit der Kontingentierung wirtschaftlich beschäftigt hatte, hätte den Gedanken einer allgemeinen und möglichst lückenlosen Autarkie fallen lassen müssen. Die grundsätzliche Umstellung der Industrie auf den Binnenmarkt müsse zu einer ungeheuren Umstellungs-krise führen. Das Absinken der Ausfuhr werde neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung des deutschen Volksvermögens bedeuten. Wenn dagegen industrielle Arbeiter neu eingestellt werden, weil neue Aufträge aus dem Ausland vorliegen, dann kauften die neu eingestellten Arbeiter auch wieder mehr inländische Lebensmittel. Das müsse sich günstig für die landwirtschaftlichen Preise auswirken. Das Umgekehrte aber trete ein, wenn Arbeiter infolge der Kontingentierung entlassen würden.

-----

SPD. Die Förderung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet hat sich im Monat September gebessert und zwar gegenüber dem Vormonat um 4,78 % auf insgesamt 5,861 Millionen Tonnen. Der Absatz (ohne Selbstverbrauch usw.) wird mit 4,14 Millionen Tonnen angegeben. Die Besserung gegenüber dem Vormonat beträgt 8,02 %; jedoch liegt der Septemberabsatz immer noch mit 13,30 % unter dem Absatz des Vorjahrsmonats.

-----

SPD. Neumünster, 20. Okt. (Eig. Drahtb.)

Die gesamte Belegschaft der Norddeutschen Stahlwerke in Neumünster hat die Arbeit niedergelegt, weil die Betriebsleitung einen Lohnabzug auf Grund der Notverordnung von 7½ Prozent des Gesamtlohns ankündigte. Die Belegschaft hat bis auf den letzten Mann den Betrieb verlassen.

-----

Weiter flau.

(Berliner Getreidebörse vom 20. Okt.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte am Donnerstag ein unverändertes Bild. Zwar ist das Angebot in Brotgetreide geringer geworden. Da aber die Aufnahmefähigkeit der Mühlen und die Nachfrage für den Export gleich klein geblieben sind, konnten sich die Preise nicht behaupten. Namentlich Weizen hatte neue scharfe Preisrückgänge zu verzeichnen. Die Notiz am Promptmarkt war um eine, am Markte der Zeitgeschäfte um ca. drei Mark niedriger. Auch Roggen konnte nur seine prompte Notiz behaupten, während am Markt der Zeitgeschäfte die Kurse um 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mark herabgedrückt wurden. Mehl hatte weiter sehr stillen Markt. Auch die entgegenkommenden Forderungen der Müller konnten das Geschäft nicht beleben. Bei Hafer und Gerste gingen Forderungen und Angebote weit auseinander, sodass auch hier wenig Geschäfte zustandekamen.

	19.10.	20.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	197 - 199	196 - 198
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industriergerste	167 - 174	167 - 174
Hafer	134 - 138	134 - 138
Weizenmehl	24,75 - 28,25	24,50 - 28,00
Roggenmehl	20,25 - 22,75	20,00 - 22,50
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,25 - 9,60
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober - bis 208 $\frac{1}{2}$  (Vortag 211), Dezember 208 $\frac{1}{2}$  - 206 (209), März 210 $\frac{1}{2}$  - 208 (211 $\frac{1}{2}$ ), Roggen Oktober bis 162 (163 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 162 - 161 $\frac{1}{2}$  (162 $\frac{1}{2}$ ), März 165 $\frac{1}{4}$  - 164 (165 $\frac{1}{4}$ ), Hafer Oktober 142 $\frac{1}{2}$  (143), Dezember 130 (140), März bis 142 $\frac{1}{2}$  (-).

#### Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 20. Okt.) A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 13,50, über 60 g 12,50, über 53 g 12, über 48 g 10,75; aussortierte, kleine und Schmutzeier 8,50. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 10,25, 17er 9,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 9,50, leichtere 8 - 8,50, Bulgaren 7,50 - 7,75, Rumänen 7,50 - 7,75, Ungarn und Jugoslawen 7,50 - 8, Russen normale 7,50 - 7,75, abweichende 7, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50. C. In- und ausländische Kühleuseier: Grosse 7,50, normale 7. D. Kalkeier: Grosse 7,25. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe. Tendenz: behauptet.

#### Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 20. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität III, II. 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 81

Berlin, den 20. Oktober 1932

Appell zum 6. November.<sup>x</sup>

-----

SPD. Die am Steuer sitzen, haben euch an der Nase herumgeführt. Man kürzte euch euren sauer verdienten Lohn und versprach euch als Entschädigung eine noch stärkere Preissenkung. Die Miete, das Essen, die Kleidung, alles sollte billiger werden. Was ist geworden? Nichts! Nichts! Nichts! Der Index, diese famose Erfindung für Wundergläubige und Dumme, erzählt von einer bedeutenden Verbilligung aller Verbrauchsgüter. Die Indexziffer (1913 = 100) stand 1929 im Januar auf 153,1, im Juli 1932 nur noch auf 121,5. Das war immer noch ein starkes Fünftel mehr als 1913. Aber selbst das stimmt nicht, weil die Grundlagen nicht stimmen. Wie ist denn dieser Index zustande gekommen? Man hat festgestellt, wie viel zur Ernährung eines Soldaten in der Vorkriegszeit täglich aufgewandt werden musste. Das kann für heute nicht mehr gelten. Nicht nur, weil die Soldatenration in der Regel von Müttern oder vom Schatz nach der Qualitätsseite hin vervollständigt und verbessert wurde, sondern mehr noch, weil sich seitdem die Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen grundstürzend geändert haben. Die Entwicklung der Technik hat es mit sich gebracht, dass die Hand-, d.h. die Muskelarbeit immer mehr von der Nerven- und Geistesarbeit verdrängt wird. Der Nerven- und Geistesarbeiter muss ganz anders ernährt werden als der Muskelarbeiter. Er braucht Ergänzung durch leicht verdauliche, kräftigende Nahrung. So kann weder die mengen- noch die geldmässige Zusammensetzung der Vorkriegsernährung zur Grundlage des heutigen Ernährungsindex gemacht werden.

So viel vom Grundsätzlichen. Es würde für sich allein genügen, die errechneten Ernährungsindizes über den Haufen zu werfen. Aber es ist ja gar nicht das allein und ist nicht einmal das Wichtigste. Gewiss sind ein paar Dinge des täglichen Bedarfs billiger geworden. Das Fleisch zum Beispiel. Aber nicht durch die famose Gördelersche Preissenkung, sondern durch die Weltwirtschafts- und Handelslage. Weil nämlich das Angebot grösser ist als die Nachfrage. Weil der Arbeiter, der kleine Bauer und der Mittelbürger ebenso wie der Beamte nichts mehr kaufen können. Nicht oder nur ganz unbedeutend billiger wurde die Miete. Teurer, viel teurer wurden Brot, Mehl, Zucker, Eier usw. Zucker sogar um das Doppelte. Endlich die Salzsteuer! Ein Verbrechen am kleinen Mann! Die Salzsteuer, die den Preis des Salzes von 8 auf 14 Pfennige (75 %) erhöht hat, ist eine Kopfsteuer, denn wenigstens Salz muss auch der Aermste haben, wenn die Kartoffeln durch die Kehle rutschen sollen.

Und das, ihr Männer und Frauen, ist erst der Anfang. Wenn wir erst durch Kontingente zugunsten des überschuldeten Grossgrundbesitzes (denn die kleinen und mittleren Bauern lässt man in ihrer Not stecken) abgeriegelt sein werden, dann wird eine neue unerhörte Teuerungswelle uns den letzten Bissen vom Munde nehmen. Aber noch sind wir nicht am Ende. Man hat es unterlassen, die auf andern Gebieten leicht zu umgehende Scheinsenkung der Preise auf die fixierten Tarife der Verkehrsmittel auszudehnen. An Telegraph und Telephon, an Strassen- und Eisenbahn ist man scheu vorübergegangen. Was hilft die Stadtrandsiedlung, wenn die Strassenbahnfahrt unerschwinglich ist? Was tut man mit seiner Freizeit, wenn die Welt durch hohe Bahntarife abgerie-

gelt ist und die Ferienverbilligung erst bei 11 Tagen und 200 Kilometern anfängt? Wer kann sich ein Telephon zulegen, wenn die monatliche Grundgebühr, ganz abgesehen von den einmaligen Anlagekosten, 8 bis 9 Mark beträgt? Welche Farce ist eine Portoverbilligung, die sich lediglich auf eine Senkung der Inlandsbriefe und -karten von 15 auf 12 und von 8 auf 6 Pfennige erstreckt? Und die Mieten? Nicht mal die Erträge aus Hauszinssteuerhypothenen gibt man für Bauzwecke und Mieterleichterung frei, geschweige denn die Hauszinssteuerverträge selbst. So sieht die Preissenkung aus. Und die Lohnsenkung? Die ist gründlich durchgeführt, und wären wir nicht die an erster Stelle Leidtragenden, wir könnten uns freuen, dass Landwirtschaft und Industrie, Regierung und Verwaltung in trauter Gemeinschaft den Ast absägen, auf dem sie sitzen, und der "Kaufkraft der Massen" heisst. Ja, sässen wir nicht selbst mit darauf!

Der 6. November naht. Wieder einmal ein Wahltag. Frivol heraufbeschworen durch unverantwortliche Elemente. Aber wir müssen und werden ihn nützen. Jeder Schaffende bis noch hinauf in die Reihen des handwerklichen, handeltreibenden und beamteten Mittelstandes muss sich klar darüber sein, dass eine Fortdauer des heutigen Regimes uns zu einem verhungerten, niedergedretenen, verelendenden Sklavenvolke macht, und dass wir noch einmal - vielleicht für längere Zeit zum letzten Male - eine Möglichkeit haben, um Lebenserhaltung, Glück, Wohlstand, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der breitesten Massen siegend zu erkämpfen. Siegend, wenn wir Schluss machen mit der Interessenpolitik der Grossagrarien und des Herrenklubs, der Grossindustriellen und der Strauchritter der "rollenden Köpfe" und einer Legalität von Hitlers Gnaden. Schluss mit den Saboteuren der Weltabrüstung, die uns in einen neuen, einen schrecklichsten Krieg hetzen wollen, nur um das Süpplein ihrer Interessen an diesem verheerenden Feuer zu kochen. Die unsre Ausfuhr durch Kontingente drosseln und immer neue Arbeitslosigkeit heraufführen. Besonders ihr Frauen, müsst euch besinnen. Denkt an eure Söhne, die der Krieg fressen wird! An eure Männer, die ihre starken, arbeitskräftigen und arbeitswilligen Fäuste ins Leere ballen müssen! Denkt an den Hunger eurer Kinder, die unbezahlte Miete, an den Zerfall eures Hauswesens, das ihr mit sorgender Liebe gepflegt, für das ihr schier über die Kraft euch eingesetzt habt!

Auch am trüben Novembertage kann für euch und uns alle die Sonne aufgehen. Die Sonne der Freiheit und des Rechtes, die Sonne des Glücks und der Wohlfahrt für alle. So denn: auf zum Kampfe für den Bannerträger einer besseren Zukunft, für die Sozialdemokratie!

hth.

---

### Aluminium im Haushalt.<sup>x</sup>

---

SPD. Seit langem hat sich das Aluminium, das bei den Hausfrauen wegen seiner Leichtigkeit, Sauberkeit und Schönheit beliebt ist, einen festen Platz im Haushalt erobert. Aluminiumgeschirr hat die alten Eisentöpfe, die Kupferkessel und teilweise sogar das Emaillegeschrir, bei dem viele Hausfrauen das Abspplittern der Glasur, vor allem bei schlechteren Sorten, fürchten, ersetzt. Und doch weiss man im allgemeinen noch wenig von diesem handlichen, nicht recht beliebten Material. Welcher Art müssen die Töpfe sein, wenn sie wirklich haltbar sein sollen? Wie reinigt man Aluminiumgeschirr? Ist es wirklich nicht gesundheitsschädlich, in Aluminiumtöpfen zu kochen? Diese und ähnliche Fragen werden in den Hausfrauenberatungsstellen immer wieder aufgeworfen. Deshalb dürfte die zur Zeit in Berlin stattfindende Aluminium-Ausstellung, die gelegentlich der zweiten Reichs-Aluminium-Woche ins Leben gerufen wurde, einen starken Besuch, vor allem von Frauen, erwarten.

Erfreulicherweise ist die Ausstellung ganz ausgezeichnet angelegt. Sie zeigt zunächst die Gewinnung des Metalls in der Hütte und seine Verarbeitung in Giessereien und Walzwerken. Eine Fülle von Proben und Mustern illustriert jede nur denkbare Art von Oberflächenbehandlung. Eine Ueberraschung für viele ist die Aluminiumfarbe, die aus feinstem Aluminiumpulver hergestellt wird. Sie sieht wunderschön aus, hat einen zarten, silbernen Glanz und bildet einen guten Rostschutz für andre Metalle. Ebenso aber - was sehr viele Hausfrauen nicht wissen - lässt sich Aluminium mit Lackfarbe überziehen.

Nicht aufzuzählen ist, was heute alles aus Aluminium gefertigt wird. Vom Feuerlöschgerät bis zum Aluminiumfaltboot, von der Aluminiumkartothek bis zur Aluminiumschallplatte - es lässt sich kaum ein Gebiet finden, in dem das hübsche, leichte Metall nicht vertreten wäre. Naturgemäss interessiert die Hausfrauen vor allem das Aluminiumgeschirr, und so ist im Zentrum der grossen Kuppelhalle meistens ein dichtes Gedränge. Besonders hat es den Frauen die Riesenkaffeekanne von 155 Litern Inhalt angetan, und so manches Kaffeekränzchen, das den Besuch der Ausstellung gemeinsam ausführt, wirft sehnsüchtige Blicke nach dieser originellen Kaffeequelle, die - gleich dem berühmten Oelkrug der Witwe zu Zarpath - niemals zu versiegen scheint. Dann aber werden die ausgestellten Töpfe zur Hand genommen und eifrig geprüft. Auffallend ist es, dass sie durchweg starke, dicke Wände haben. Das hat seinen guten Grund. Die Ausstellung will damit allen Frauen den Rat geben, nur starkwandiges, solides Geschirr zu kaufen. Gewiss ist das dünnwandige, manchmal fast papierdünne Geschirr billiger im Einkauf. Aber es ist trotzdem teurer, weil es beim täglichen Gebrauch sehr leicht verbeult und schnell beschädigt ist. Es ist deshalb zu empfehlen, beim Einkauf darauf zu achten, dass die Wände genügend stark, der Topfboden verstärkt und der Deckelgriff aus Hartgummi oder Holz ist. Ebenso sind die sogenannten Frigidalgriffe zu empfehlen. Sie sehen wie Nickel aus, bestehen aber aus einer Metallegierung, die stark wärmeisolierend wirkt und sich nur ganz langsam erwärmt, selbst bei langem Kochen.

Wie reinigt man Aluminiumgeschirr am zweckmässigsten? Auch darüber gibt die Ausstellung ausführlich Auskunft: Zunächst zeigt sie, was man nicht tun darf, nämlich Aluminiumgeschirr mit Soda waschen. Ebenso sollte man, Kupferdrahtbürsten, Messingdrahtbürsten, Metallputzlappen nicht mit Aluminium in Berührung bringen. Zu empfehlen sind Seifenbrühe, Bimsteinpulver, Essig sowie die im Handel vorkommenden Aluminiumputzmittel. Manchmal bildet sich im Aluminiumtopf innen eine braune oder schwärzliche Färbung, die Folge des Niederschlages, den das Wasser bestimmter Landstriche hinterlässt. Dieser Niederschlag ist gänzlich unschädlich. Will man ihn dennoch entfernen, so kocht man Obstschalen oder Zitronenschalen mit etwas Borax oder Alaun in dem betreffenden Topfe aus.

Und wie ist es endlich mit der Gesundheitsschädigung durch Aluminium? Der Verdacht, dass Aluminiumgeschirr an der Verbreitung des Krebses schuld sei, wurde von dem Amerikaner William Held ausgesprochen und teilweise auch von deutscher Seite wiederholt. Eine ganze Reihe deutscher Aerzte und Chemiker hat deshalb diese Frage eingehend untersucht, nachdem auch das Reichsgesundheitsamt in einem ausführlichen Gutachten und einem Bericht betont hatte, dass sich in sämtlichen Untersuchungen des Aluminiums und jahrelangen Proben keinerlei Anhaltspunkte ergeben hätten, die einen solchen Verdacht im geringsten rechtfertigen könnten. Auch der von der Berliner Handelskammer öffentlich beeidigte Chemiker, Dr. C. Massatsch, kam zum gleichen Ergebnis. Er wies nach, dass sich selbst bei langandauerndem Kochen in Aluminiumgeschirr nur ganz winzige Mengen des Metalls lösen, die physiologisch gänzlich bedeutungslos sind. Ragnar Berg in Dresden wies nach, dass bestimmte pflanzliche Nahrungsmittel viel mehr Aluminium enthalten, als in die Speisen aus dem Aluminiumgeschirr, in dem sie gekocht werden, hineinkochen kann. Auch der berühmte Krebsforscher Professor Blumenthal schloss sich dem Gutachten des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes an und führte als Gegenbeweis gegen die amerika-



nische These seine jahrelangen Erfahrungen mit tausenden von Krebskranken an. Besonders aber werden die Hausfrauen die Versuche interessieren, die man 12 Monate hindurch an Menschen wie an Tieren ausgeführt hat. Man gab ihnen täglich ein Gramm Tonerdehydrat, also eine Riesenmenge Aluminium, die ein Aluminiumtopf niemals ausscheiden wird. Und doch wurde ihr Wohlbefinden nicht im geringsten gestört; ausserdem zeigte sich, dass das Metall nicht vom Darm her in die Körpersäfte übergeht, sondern auf natürliche Weise durch die Verdauung ausgeschieden wird. Damit ist zweifellos der Beweis dafür erbracht, dass es sich bei der amerikanischen These um einen Bluff handelt, der zu ganz bestimmten Zwecken veröffentlicht worden zu sein scheint. Diese Erkenntnis ist umso erfreulicher, als tatsächlich gerade bei den Hausfrauen und Müttern, die um die Gesundheit ihrer Familie besorgt sind, sich bereits einige Beunruhigung bemerkbar gemacht hatte. Sicherlich werden diese Untersuchungsergebnisse dazu beitragen, die Beliebtheit des Aluminiums noch zu steigern und ihm einen Dauerplatz im Haushalte zu gewähren.

m.-

-----  
X  
Weisskohl und Kürbiskuchen.  
-----

SPD. Der Weisskohl trägt seinen Kopf jetzt besonders hoch, weil man ihm wissenschaftlich bestätigt hat, dass seine Nährstoffe auf Magen und Darm kräftigend, ja, sogar heilend wirken können. Und Sie hatten ihn gewiss bisher für besonders schwer verdaulich gehalten. Da muss ich Ihnen den leisen Vorwurf machen, dass Sie die Zubereitung nicht seinen Eigenheiten angepasst hatten. Leider begehen die meisten Hausfrauen immer wieder den Fehler, zu glauben, langes Kochen oder gar das Abbrühen sei dem Kohl zuträglich, wirke verbessernd auf den Geschmack ein. Versuchen Sie es mal mit neuen Rezepten!

Bei gebackenen Kohlröllchen sei der Hausfrau zunächst zugeflüstert, dass sie die so bedrängte Wirtschaftskasse schonen kann und auf die Fleischeinlage verzichten darf. Wir werden stattdessen in Butter gedünstete Zwiebelwürfelchen mit etwas gehacktem Ei vermischen und, leicht gesalzen, in Kohlblätter fest einrollen. Nur die ganz dicken Rippen haben wir dem Kohl ausgelöst. Diese Röllchen, mit dem Faden umwickelt, rösten in heissem Fett rasch goldgelb. Nun werden auf dem Boden einer Auflaufform oder einer Gasschnellform recht dünne Speckscheiben ausgebreitet und die Rollen darauf gebettet. Hat man ihnen noch etwas Tomatenmus über den Schopf gegossen und einige Butterflöckchen obenauf verteilt, so überbackt man etwa eine halbe Stunde. Bratkartoffeln eignen sich als Ergänzung besonders gut, weil wenig Tunke vorhanden ist.

Weisskohl will keinesfalls, wie meist angenommen wird, als Einsiedler behandelt werden. Er nimmt vielmehr die Gesellschaft anderer Gemüsearten zu seiner Ergänzung dankbar an. Zum Versuche werden wir die Blätter von etwa anderthalb Pfund Kohl in Stückchen zerpflücken und dreiviertel Pfund rohe geschälte Kartoffeln, ein halbes Pfund Tomaten und ein Viertelpfund Zwiebeln in Scheiben zerschneiden. Auf dem Boden eines Kochtopfes wird etwas Butter verteilt, worauf aus den Zutaten in abwechselnden Lagen ein bunter Bau entsteht. Die nötige Flüssigkeit wird durch ein halbes Liter Gemüsebrühe geliefert. Mit mittlerer Flamme kann das recht schmackhafte Gericht langsam gar werden.

An der Herstellung der eben erwähnten Gemüsebrühe hat der Weisskohl wieder den Hauptanteil. Er liefert mit einigen Gemüseresten eine erstaunlich kräftige und wohlschmeckende Brühe. 2 gewürfelte Zwiebeln werden in zerlassener Butter weich gedünstet, aber nicht etwa gebräunt. Ein Stückchen

Brotrinde erhält den Auftrag, den kräftigen Geschmack noch zu verstärken. Eine korpulente Sellerieknolle und zwei Mohrrüben werden sauber geputzt und mit 2 Tomaten und dem Weisskohl klein geschnippelt. Weil 2 rohe Kartoffeln ihre Schale in den Kochtopf mitnehmen sollen, muss man sie vorher gründlich bürsten und säubern. Alles Gemüse wird 10 Minuten lang mit kleiner Flamme gedünstet. Dann erst füllt man mit Wasser auf, das rasch kochen soll. Darauf genügt eine geringere Temperatur, damit unsere Brühe 1½ Stunden sachte weiter brodelt. Hat sie nun ein Sieb passiert, so wird vorsichtig gesalzen. Eine solche Brühe dient nicht allein als Suppe, sondern hält sich auch zum Auffüllen von Gemüsen und zur Herstellung von Aspik bestens empfohlen.

Leckere Kuchen verdienen es, der Allgemeinheit bekannt zu werden, besonders, wenn sie billig und mühelos herzustellen sind, wie der zeitgemässe Kürbiskuchen. Die Würfel aus dem Fleisch dieses goldigen Dickkopf werden in Butter weich gedämpft und dann durch ein Haarsieb gestrichen. 3 Eigelb schlägt man mit wenig Milch, mischt 1 Esslöffel zerlassener Butter bei und überstreut alles mit einer Prise Zimt. Hiermit wird der Kürbis zu einem dicken Brei gemengt, den man auf einen angebackenen Mürbeteig streicht. Hat man den Kuchen nochmals im Ofen goldbraun überbacken, so ist er für Jung und Alt eine freudige Überraschung.

Lucie Bürgel (Potsdam)

---

### Eine Goethe=Schülerin.<sup>x</sup>

---

SPD. In diesem Jahre haben wir viel von den Beziehungen Goethes zu den Frauen gehört; von Goethe als Sohn, als Bruder, als Liebhaber, als Freund, als Gatte. Wir wissen, dass auch seine Beziehungen zu Jugend und Kindern besonders innig gewesen sind. Das Menschliche seiner Persönlichkeit kommt da wie sonst nirgends zum Ausdruck. Die Goethe=Schülerin Jenny von Gustedt, geborene Gräfin Pappenheim (Lily Brauns Grossmutter), erzählt von Goethes Umgang mit seinen Enkeln und deren Gespielen: "Er war leicht zugeknöpft und steif, aber niemals ihnen gegenüber. Kamen sie zu ihm, was häufig geschah, so hatte er immer neue interessante Dinge zu zeigen und zu erklären. Den Kindern Bilder und geschnittene Steine, den Heranwachsenden Bücher und Kunstwerke. Rührend war es, wie er auch für das körperliche Wohl der Kinder besorgt war, wie er sich der Ausführung seines Planes, den Griesebach'schen Garten für sie zum Tummelplatze zu kaufen, freute."

Diese Goethe=Schülerin war eine illegitime Tochter von Napoleons Bruder Jérôme, galt aber als legitimes Kind des Grafen Pappenheim, des um 20 Jahre Älteren Gatten ihrer Mutter. Nach Napoleons Sturz und ihres Gatten Tode kehrte die Gräfin Pappenheim nach ihrer Heimatstadt Weimar zurück. Man war dort frei von Vorurteilen und nahm die Gräfin freundlich auf. Jenny wurde mit drei Jahren Spielgefährtin der Kinder der Erzherzogin Maria Pawlowna und nahm mit 5 Jahren an dem Unterrichte teil, für den Goethe sich besonders interessierte. Er hatte "etwas Väterliches im Umgang mit der Erzherzogin" und kümmerte sich ernstlich um die Erziehung ihrer Kinder. Dadurch kam auch Jenny vom ersten Augenblick des bewussten geistigen Erwachens an unter seinem Einfluss und wuchs in der Atmosphäre seines Geistes auf. Unter Goethes Leitung las sie mit der Prinzessin Augusta die Bücher, die er selbst wählte. "Er wählte lange, ehe er uns ein Buch nach dem andern in die Hand gab", erzählt sie. Bald verband innige Freundschaft Jenny mit Goethes Schwiegertochter Ottilie, und sie war wie eine Schwester der Enkel Walter, Wolfgang und Alma. Dadurch kam sie fast täglich in das schöne Goethehaus. Von den kleinen Mittagsgesellschaften erzählt sie: "Die Unterhaltung war bei diesen kleinen Anlässen stets sehr animiert. Sie drehte sich um Gegenstände der Kunst und Wissen=

schaft. Seine Augen schleuderten Blitze, sobald irgend eine Klatscherei zum Vorschein kam. Bei solchen Gelegenheiten wurde er einmal sehr derb. Er rief mit dröhnender Stimme: "Euren Schmutz kehrt bei Euch zusammen, aber bringt ihn mir nicht ins Haus!"

Aber nicht immer war Goethe geneigt, Gästen zu Gefallen seine Arbeit zu unterbrechen. "Ein Greis, der noch arbeiten will, darf nicht jedem zu Gefallen seinen Willen umstimmen; tut er's, so wird er der Nachwelt gar nicht gefallen", sagte er. Zuweilen durfte Jenny mit Ottilie lauschen, wenn der Dichter aus seinem "Faust" vorlas. "Ja, ja, Kind", sagte er, "da habe ich viel hinein-geheimnist". Jennys Eindruck von Goethe war: "Wenn er nichts geschrieben hätte, würde er doch in die erste Reihe der grössten Menschen gehören. Er war gut, neidlos, einfach, half und förderte gern; keine Hochschätzung der Welt hat ihn eitel, keine ihrer Huldigungen hat ihn anmassend gemacht. Was vielen als Egoismus erschien, das Wegräumen äusserer Hindernisse auf dem Wege zu seinen Zielen, hat diese Ziele möglich gemacht. Er gab seinem Volk eine Sprache, den deutschen Geistern einen Mittelpunkt, er weckte schlummernde Kräfte, Gedanken, Gefühle und Bestrebungen in einem Masse, welches sich besonders darin dokumentiert, dass nach einem Jahrhundert seines Wandels und Wirkens kaum ein deutsches Werk erscheint ohne Motto aus Goethes Schriften und ohne Zitate zur Bekräftigung ausgesprochener Ansichten. So reich und voll er das geistige Leben erfasste und beherrschte, so bedürfnislos war er im äusseren Leben. In seinen unansehnlichen Wohnstuben leuchteten und lebten mit ihm, durch ihn und in ihm grosse und gute Geister, in seiner unansehnlichen Equipage, in seinen unansehnlichen grauen Mantel gehüllt, spendete er Gedanken, Lebensweisheit, menschenfreundliche Gesinnungen, in seinem einfachen Garten war keine Blume für ihn ohne Genuss, kein Licht- und Farbeneffekt ohne Beachtung, keine Naturerscheinung ohne Gedankenanklang".

Einfach und still war nach Goethes Vorbild das Leben in Weimar, aber Geist und Herz waren bewegt vom eigenen Denken und Fühlen und von dem der grossen Welt. Als einen Segen fürs Leben sah jeder es an, der die gleiche Luft mit dem Grössten atmen durfte. Unter den angeregten Unterhaltungen vergass die Jugend zu tanzen. Sie suchte sich literarisch zu betätigen und dichtete und schrieb eifrig für die Zeitschrift "Das Chaos", für die auch Goethe Beiträge lieferte, und um deren Inhalt er sich kümmerte. Ein eifriger Mitarbeiter war auch Felix Mendelssohn. Auch im Verkehr mit ihm wirkte Goethe erzieherisch. Er wollte die Musik in Tönen nach geordneter Zeitfolge hören, hielt streng darauf, dass während des Musizierens nicht gesprochen wurde, und wurde sehr zornig, wenn das doch geschah. Mendelssohn dankte dem Verkehr mit dem grossen Dichter so viel, dass er meinte: "Wer weiss, was ohne Weimar, ohne Goethe, aus mir geworden wäre!"

Goethe war schon tot, als Jenny von Pappenheim den westpreussischen Gutsbesitzer von Gustedt heiratete. Die Sehnsucht nach ihrer geistigen Heimat, nach Weimar, hat sie nie verlassen. In Erinnerung an die Frau, die Goethe, wie er einst sagte, von allen Frauen am heissesten geliebt hat, an Lili von Türkheim, geborene Schönemann, wurde Jennys älteste Enkelin Lili genannt. Sie ist es, in der die Grossmutter sich verjüngt aufblühen sah, und der sie ihre Erinnerungen vermachte. Diese Erinnerung hat Lili, die später Dr. Heinrich Braun heiratete, in dem Werke "Im Schatten der Titanen" lebendig gehalten.

Als Jenny von Gustedt Witwe geworden war, zog es sie nach Weimar, wo sie eine so glückliche Jugend verlebt hatte, zurück. Und wie sie einst Goethes Schülerin gewesen war, so suchte sie nun in ihrer Enkelin das lebendig zu erhalten, was sie als ihrer Jugend Leitstern erkannt hatte: "Ich wünsche Dir, mein Kind, die Weimarer Luft, die Deiner Entwicklung notwendiger wäre als die Atmosphäre, in der Du lebst. -- Wie oft finde ich im Laufe meiner Lektüre vieles, was ich Dir jetzt vorlesen, und über das ich mit Dir sprechen könnte. Ganze Abschnitte aus Goethes "Faust", aus "Dichtung und Wahrheit", viele seiner herrlichen Briefe an seine Freunde würden Dich vorwärts bringen. Bildung

bedeutet nicht eine möglichst grosse Ansammlung von Wissensstoff, sondern ein persönliches Gewordensein..."

Einsam und menschenscheu, um ihr Lebensrecht auf Glück betrogen, niedergebeugt unter der Last der weithin leuchtenden Krone, die Goethes Name bedeutete, lebten damals seine Enkel in den stillen Dachstuben des Hauses am Frauenplan. Die alte Freundin ihrer Jugend war mit ihnen in Verbindung geblieben. Vergeblich hatte sie gehofft, dass sie sich einen selbständigen Platz in der Welt erobern würden. Von Wolfgang schrieb sie: "Er litt unter seinem Zustand wie unter einem Fluch, er litt ebenso unter dem Fluch eines Namens, den er nicht überbieten konnte. - - - Im Jahrhundert der Geldgier und des Ehrgeizes verachtete Wolf Geld und äussere Ehre, für nichts und niemand war ihm seine Würde feil. Seine grossen, tiefen Gedanken blieben verschlossen in seiner Seele, sein leidenschaftliches Herz wurde stumm." Ein Werk, das Wolfgang verfasst hatte, gab er Henny mit den tragischen Versen:

"Ich stehe stets daneben,  
Ich trete niemals ein.  
Nur einmal möcht' ich leben  
und Mensch nur einmal sein!"

Nach Jennys Beschreibung und Zeichnung wurden die Räume im Goethehause, das die Enkel zum Besitztum des deutschen Volkes bestimmt hatten, gestaltet. Ihrem Jugendfreunde, dem Grossherzog Karl Alexander, schrieb sie in ihrem letzten Briefe: "Dankbar möchte ich vor dem Abschied von dieser Lebensstufe ein paar immergrüne Blättchen dem zu Füssen legen, der meiner Jugend Abgott, meines reifen Lebens Erzieher, meines Alters Freund und Vorbild ist"-.  
Anna Bloss.

SPD. Ein weltverlorenes Eiland.<sup>X</sup> Tristan da Cunha, die einsamste Insel der Welt, ist eine von vulkanischen Kräften hochgetriebene Steinwüste inmitten des Atlantischen Ozeans - 3000 Kilometer vom nächsten Festland entfernt -, auf der im ganzen rund 140 Menschen wohnen. Vor kurzem wurde auf diese Insel eine Expedition entsandt, um zu prüfen, ob die Insel sich für die Errichtung einer meteorologischen Station eigne. Eine solche Station wäre hier von besonderer Bedeutung, da sie die im Südatlantik verkehrenden Schiffe mit drahtlosen Nachrichten über die Wetterlage versorgen könnte. Ferner will man untersuchen, ob "Tristan da Cunha", das ebenso wie das nördlichere Sankt Helena unter englischer Oberhoheit steht, nicht als Zwischenlandungsplatz für den Flugverkehr zwischen Südafrika und Südamerika in Frage kommt.

SPD. Im Reichen des Verkehrs.<sup>X</sup> Frau Schnucke ist eine alte Frau, die nicht viel Ahnung vom Verkehrswesen hat. Neulich kam sie empört zu ihrem Kaffeekränzchen: "So eine Gemeinheit! Jetzt haben doch die Idioten wahrhaftig die Bismarckstrasse umgetauft. Ein rotes Schild haben sie angebracht, und was meinen Sie, wie die Bismarckstrasse jetzt heisst?"

"Na?" fragen die Kaffeeschwester.

"Einbahnstrasse", verkündete Frau Schnucke triumphierend.

SPD. Dialektstudien.<sup>X</sup> Zwei Herren sassen in der Eisenbahn.  
"Verzähln Sie", sagte der eine, "Sie sind doch wahrschähnlich aus Sachsen".  
"Ja, woher wissen Sie denn das?"  
"Das habe ich gläich an Ihrem Dialekt gemerkt."  
"Und Sie sind wohl aus Dilsitt?"  
"Ja, woher wissen Sie?"  
"Das habe ich gleich an dem Quarg gemerkt, den Sie reden."